



Mein
Orientierungskurs 2

Impressum

Herausgeberin: ZBBS e.V., Zentrale Bildungs- und Beratungsstelle für Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein,
Sophienblatt 64a, 24114 Kiel, Tel.: 0431 / 200 11 50, Fax: 0431 / 200 11 54, www.zbbs-sh.de, info@zbbs-sh.de

in Zusammenarbeit mit

Gesellschaft für politische Bildung e.V., Schwefelstr. 6, 24118 Kiel, Tel.: 0431 / 56 58 99, Fax: 0431 / 570 98 82,
reinhard.pohl@gegenwind.info

3. Auflage, Mai 2008

Magazin Verlag, Schwefelstr. 6, 24118 Kiel

www.orientierungskurs.de

Vorwort

Liebe Lehrerin, lieber Lehrer,

wir geben diesen Orientierungskurs in drei Bänden heraus:

- *Band 1 umfasst den Inhalt **Grundwissen: Rechtsordnung***
- *Band 2 umfasst den Inhalt **Grundwissen: Geschichte und Kultur***
- *Band 3 umfasst den Inhalt **Aufbauwissen: Rechtsordnung, Geschichte und Kultur***

Bei der vorliegenden Broschüre handelt es sich um die 3. Auflage. Enthalten sind die für den Unterricht relevanten Informationen, außerdem Vorschläge für den Unterricht.

Wir bitten alle interessierten Integrationskursträger darum, dieses Material zu sichten, zu kritisieren, zu ergänzen und Ideen für die Weiterentwicklung von der Informationssammlung zur Unterrichtseinheit beizusteuern. Da die Materialien zum kostenlosen Download im Internet bereitgestellt werden, ist eine Ergänzung oder Korrektur ohne großen Aufwand jederzeit möglich.

Das Material reicht für mehr als die vorgesehenen 45 Stunden. Das erlaubt Ihnen eine Auswahl, um Schwerpunkte zu setzen. Das „überzählige“ Material kann Ihnen hoffentlich helfen, zusätzliche Fragen von TeilnehmerInnen und Teilnehmern zu beantworten. Auch haben Sie die Möglichkeit, einzelne Themen in den Deutschunterricht mit einzubeziehen und damit praktisch vorweg zu nehmen.

„Schülerhefte“

Für die TeilnehmerInnen und Teilnehmer der Orientierungskurse sind drei Broschüren erschienen. Sie enthalten die Grundinformationen für den Unterricht zum Selbststudium und zum eigenständigen Lernen. Sie ermöglichen auch für diejenigen, die inzwischen selbständig arbeiten können, das weitere Selbststudium, indem sie sich gezielt weitere Informationen besorgen.

Sie sind als Integrationskursträger nicht dazu verpflichtet, den TeilnehmerInnen diese Broschüren zur Verfügung zu stellen. Wir möchten dennoch zwei Argumente liefern, die möglicherweise zu einer Entscheidung für die Anschaffung führen:

- *Ihre nächsten Kurse kommen schneller zu Stande, wenn die „Mund-zu-Mund-Propaganda“ durch ihre aktuellen TeilnehmerInnen funktioniert. Die Ausgabe der Broschüren für die TeilnehmerInnen und Teilnehmer ist mit Sicherheit eine gute Empfehlung.*
- *Sie können die Broschüren für die TeilnehmerInnen auch bei uns kaufen und an die TeilnehmerInnen weiter verkaufen. 2 Euro pro Heft ist sicherlich nicht zu viel. Es ist auch möglich, den TeilnehmerInnen die erste und vielleicht die zweite Broschüre zu überlassen, die dritte (Aufbauwissen) hingegen zu verkaufen.*

In Erwartung Ihrer Kritik mit freundlichen Grüßen

Reinhard Pohl

6. Geschichte der BRD

Deutschland nach dem 2. Weltkrieg	5
Flucht und Vertreibung	5
Deutschland begann 1945 nicht bei Null.....	7
Wirtschaftszone	7
Das Wirtschaftswunder.....	8
Die „Bewältigung“ der Vergangenheit.....	9
Vollbeschäftigung und Anwerbung von Gastarbeitern	10
1968	12
Kalter Krieg und Entspannungspolitik	14
Helmut Kohl und Gerhard Schröder.....	16

7. Das Menschenbild

Individualität.....	17
Gleichberechtigung.....	18
Gewaltfreie Kindererziehung.....	19
Der Streit um die Abtreibung.....	20
Die Patientenverfügung: In Würde sterben?.....	22
Vorurteile und Rassismus	23

8. Zeitverständnis

Die Zeit als Ware: Zeit haben, Zeit verlieren, Zeit sparen.....	24
---	----

9. Regelerorientierung

Gibt's denn dafür kein Gesetz?	25
Hat die Obrigkeit immer Recht?.....	26

10. Religiöse Vielfalt

Religionsfreiheit	27
Das Verhältnis von Kirche und Staat	28
Religionsunterricht an der Schule	29

Vorschlag für einen Orientierungskurs	31
--	-----------

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.
Sie zu achten und zu schützen ist
Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Grundgesetz, Artikel 1, Absatz 1

6. Entstehung und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland

Deutschland nach dem 2. Weltkrieg

Am 8./9. Mai 1945 kapitulierten die deutsche Regierung und das Oberkommando der Wehrmacht bedingungslos. Der Zweite Weltkrieg war zu Ende. Deutschland wurde von den Siegermächten in vier Besatzungszonen eingeteilt, die von der sowjetischen, US-amerikanischen, britischen und französischen Armee verwaltet wurde. Sie bekamen jeweils einen Militärgouverneur.

Die Zeit wird in Deutschland häufig „Stunde Null“ genannt, weil die alte Ordnung zerstört war und zwei neue Ordnungen entstanden. Der Begriff ist natürlich nicht richtig. Denn es war das gleiche Land, die gleichen Menschen – und vieles blieb in der alten und der neuen Ordnung gleich: Die Sprache, die Religion, die Feste, die Städte, Berufe und Berufsausbildungen...

Die Alliierten hatten beschlossen, die Rüstungsindustrie in Deutschland zu zerstören und auf jeden Fall zu verhindern, dass Deutschland noch einmal einen Krieg beginnen könnte. Durch die Bombardierungen während des Krieges war die Schwerindustrie zu 30 Prozent zerstört, die Konsumgüterindustrie zu ungefähr 15 Prozent. Große Zerstörungen gab es außerdem bei den Wohnungen der Innenstädte und bei der Infrastruktur (Straßen und Eisenbahn).

Verboten wurde die Produktion von Waffen und Munition, aber auch von anderen Produkten, die für die Rüstung wichtig sind: So durfte Deutschland

nach dem Krieg kein Aluminium und keine Kugellager produzieren.

Geld hatte in Deutschland keinen Wert mehr. 1938 waren 60 Milliarden Reichsmark im Umlauf, 1948 waren es 400 Milliarden Mark. Hitler hatte einfach Geld gedruckt, um die hohen Rüstungskosten bezahlen zu können, und die Preise staatlich festgelegt. Nach dem Krieg wollten viele Händler für Lebensmittel und Haushaltsgeräte kein Geld haben, sondern sie tauschten Waren gegen andere Waren. Zu einer „Ersatzwährung“ wurden amerikanische Zigaretten.

Flucht und Vertreibung

Mit dem Ende des Krieges wurde ganz Osteuropa von der deutschen Besatzung befreit. Die ehemals deutschen Gebiete jenseits der Oder und Neiße kamen zu Polen, ein Teil von Ostpreußen

(Kaliningrad) wurde in die Sowjetunion eingegliedert. Die deutsche Bevölkerung war zumeist schon mit dem Rückzug der deutschen Truppen geflohen, die verbliebenen Deutschen wurden jetzt vertrieben oder umgesiedelt. So kamen über 12 Millionen Menschen aus Osteuropa nach Deutschland, hier wurden andererseits rund 10 Millionen Zwangsarbeiter befreit, die zum größten Teil in ihre Heimat zurückkehrten.

Ältere Deutsche denken beim Wort „Flüchtling“ automatisch an diese Millionen Deutsche aus dem Osten, die 1944 bis 1948 kamen. Sie wurden von den Besatzungssoldaten zwangsweise in Wohnungen eingewiesen, die dort lebenden Familien mussten für die Flüchtlinge eigene Zimmer frei machen. In einigen Orten in Norddeutschland verdoppelte sich die Bevölkerung.

? Prüfungsfragen

Warum kamen 1945 bis 1948 viele Deutsche als Flüchtlinge nach Deutschland?



Deutschland begann 1945 nicht bei Null

Bei aller Zerstörung durch den Krieg und die Bombardierung darf man nicht vergessen, dass Deutschland nicht bei Null begann. Zwei Drittel der Industrie war intakt, auch wenn jetzt viele Fabriken demontiert wurden, um in ehemals besetzten Ländern als Entschädigung wieder aufgebaut zu werden. Außerdem waren die deutschen Arbeiter, auch die Flüchtlinge, gut ausgebildet, darauf konnte die Wirtschaft aufbauen.

Im deutschen Reich, das (wie heute die Bundesrepublik) auch aus Ländern bestand, machte zuletzt das Land Preußen zwei Drittel des Reichsgebietes aus. Dieses Land wurde jetzt aufgelöst und die heutigen Bundesländer geschaffen. Dabei gab es nur wenige dieser Länder schon vorher. Bayern hatte schon vorher bestanden, auch Hamburg und Bremen als „Stadtstaaten“. Schleswig-Holstein hatte eine gewisse Tradition, wenn auch nicht in den gleichen Grenzen wie als Bundesland.

Ansonsten kann man schon an den Namen erkennen, dass die meisten Bundesländer damals neu entstanden: Baden-Württemberg war ein Zusammenschluss, ebenso wie Nordrhein-Westfalen oder Rheinland-Pfalz. Die ersten Ministerpräsidenten wurden von den Besatzungsmächten ernannt, Wahlen gab es zunächst auf kommunaler und erst dann auf Landesebene.

Wirtschaftszone

1946 wurden die Besatzungsgebiete der USA und Großbritanniens, 1948 auch Frankreichs zu einer gemeinsamen Wirtschaftszone zusammengelegt. Die Sowjetunion lehnte einen Zusammenschluss mit ihrer Besatzungszone ab und führte dort ein anderes Wirtschaftssystem ein.

Im Juli 1948 wurde dann in den drei westlichen Zonen Deutschlands („Trizonesien“) die Reichsmark ungültig, es wurde die „Deutsche Mark“ (D-Mark) eingeführt. Jeder Einwohner konnte 40 Reichsmark gegen 40 D-Mark eintauschen. Unternehmer bekamen zusätzlich 60 D-Mark pro Angestelltem. Auch Bankguthaben (Sparkonten) wurden umgetauscht, allerdings gab es hier für 10 Reichsmark nur eine D-Mark. Das gleiche galt für Schulden, für jeweils 10 Reichsmark Schulden musste jetzt nur eine D-Mark zurückgezahlt

werden. Das nützte dem Staat, denn für den Krieg hatte er hohe „Anleihen“ bei der Bevölkerung aufgenommen, von denen er nun nur 10 Prozent zurückzahlen musste.

Am meisten profitierten von der Währungsreform diejenigen, die Häuser, Grundstücke und Fabriken besaßen: Während Geldvermögen nur noch 10 Prozent wert war, blieb der Wert von Immobilien erhalten. Die Kriegskosten wurden von den „kleinen Leuten“ bezahlt.

Die Währungsreform war die Grundlage für den gelungenen Wiederaufbau. Mit dem Tag der Währungsreform lagen überall wieder Waren in den Schaufenstern, die Geschäfte konnten ihren normalen Verkauf wieder starten.

Allerdings bedeutete die Währungsreform auch die Spaltung Deutschlands. In der sowjetischen Zone wurde einige Zeit später ebenfalls die Reichsmark durch die „Mark der DDR“ abgelöst. Jetzt gab es zwei Wirtschaftssysteme und zwei Währungen in Deutschland.



Das Wirtschaftswunder

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland zwischen 1948 (Währungsreform) und 1961 (Bau der Mauer) wird rückblickend als „Wirtschaftswunder“ bezeichnet. Die industrielle Produktion konnte in dieser Zeit vervierfacht werden. Es wurden Millionen von Arbeitsplätzen geschaffen, so viele, dass seit 1955 ausländische Arbeitskräfte angeworben wurden.

Parlamentarischer Rat und Grundgesetz

Die Alliierten hatten 1948 den „Parlamentarischen Rat“ einberufen, eine Versammlung von Politikern, die die Aufgabe hatte, eine neue Verfassung auszuarbeiten. Sie verabschiedeten 1949 das „Grundgesetz“. Sie wollten das Werk nicht „Verfassung“ nennen, weil es nur für die drei westlichen Zonen Deutschlands galt. Eine Verfassung sollte erst geschaffen werden, wenn Politiker aus allen Zonen (oder Bundesländern) zusammen kommen könnten.

Sonderstatus für das Saarland

Übrigens entstand das Grundgesetz auch ohne eine Beteiligung von Politikern aus dem Saarland. Dieses war französisch besetzt und nicht an der Wirtschaftsgemeinschaft der drei Besatzungszonen beteiligt. Frankreich strebte an, das Saarland zu einem Teil Frankreichs zu machen oder später in die Unabhängigkeit zu entlassen. Schließlich einigte man sich auf eine Volksabstimmung, die 1955 stattfand. Rund 70 Prozent der Bevölkerung stimmten für den Anschluss an die Bundesrepublik Deutschland.

BRD – DDR – Berlin

Die Bundesrepublik Deutschland wurde im Mai 1949 gegründet, mit dem Grundgesetz als „vorläufiger“ Verfassung und Bonn als „vorläufigem“ Regierungssitz. Berlin lag damals mitten in der sowjetischen Besatzungszone. Daraus wurde im Oktober 1949 die Deutsche Demokratische Republik (DDR). Berlin, ebenfalls in vier Besatzungszonen eingeteilt, blieb als „Insel“ mitten in der DDR liegen. Der Ostsektor der Stadt wurde Hauptstadt der DDR, die drei Westsektoren wurden praktisch Teil der Bundesrepublik Deutschland. Allerdings gab es bis 1990 einige Sonderregeln: Jedes Gesetz, das in Bonn für die Bundesrepublik Deutschland beschlossen wurde, galt nicht automatisch auch in Westberlin,

sondern musste vom dortigen Parlament („Abgeordnetenhaus“) übernommen werden. Ebenso durfte die später gegründete Bundeswehr keine jungen Männer in Berlin rekrutieren, was viele junge Männer später auf die Idee brachte, mit 18 Jahren von Westdeutschland nach Berlin umzuziehen.

Die Verkehrsverbindungen zwischen Westdeutschland und Westberlin waren auf drei Straßen („Transitstrecken“) und Eisenbahnlinien sowie Fluglinien beschränkt. Verkehrsflugzeuge mussten französisch, britisch oder amerikanisch sein, andere erhielten keine Überflugrechte für die DDR.

Soziale Marktwirtschaft

Im Westen wurde zu Beginn heftig über die Wirtschaftsform diskutiert. Den unregelmäßigen Kapitalismus, wie die USA ihn bevorzugten, wollte kaum jemand außer der FDP. Die SPD wollte eine staatliche geregelte Wirtschaft, weil sie auch meinte, anders wäre der Wiederaufbau und die Eingliederung von mehr als 10 Millionen Flüchtlingen und ebenso vielen aus der Gefangenschaft zurückkehrenden Soldaten nicht zu bewältigen. Die CDU wollte eine freie Wirtschaft unter staatlicher Aufsicht, dabei sollte der Staat die soziale Gerechtigkeit garantieren. Das sollte durch das Steuersystem und besondere Gesetzgebung, z.B. durch die „Tarifautonomie“, geschehen. Dieses Modell der „Sozialen Marktwirtschaft“ wurde nach den ersten Wahlen, bei der die CDU knapp gewann, durchgesetzt. Für die meisten Deutschen ist das im Rückblick die Grundlage für das „Wirtschaftswunder“, diese Politik ist mit dem Namen Ludwig Erhard verbunden, der erst Wirtschaftsminister, später Bundeskanzler war.

Bundeskanzler Konrad Adenauer

Erster Bundeskanzler wurde 1949 Konrad Adenauer, ein damals schon sehr alter konservativer Politiker aus Köln. Er war zur Nazi-Zeit erst Bürgermeister von Köln gewesen, musste aber zurücktreten, weil er sich weigerte, mit

der Nazi-Regierung zusammen zu arbeiten. Allerdings war er auch kein Widerstandskämpfer, sondern er zog sich ins Privatleben zurück. Vermutlich dadurch war er der ideale Kandidat für die Mehrheit der Bevölkerung. Denn Deutschland hatte sich ja nicht selbst von der faschistischen Diktatur befreit, sondern war von außen, durch die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, besetzt worden. Viele Deutsche hatten damals Angst vor den kommenden Veränderungen, weil sie nicht wussten, was die Siegermächte mit ihnen machen würden. So war es verständlich, dass ein alter, konservativer Politiker die Mehrheit bei den Wahlen bekam. Es war allerdings eine knappe Mehrheit: Konrad Adenauer wurde mit nur einer Stimme Mehrheit in der ersten Bundestagsitzung zum Kanzler bestimmt.

Westintegration

Die Politik Adenauers war die „Westintegration“. Die Bundesrepublik Deutschland versuchte, in alle Wirtschaftszusammenschlüsse und dann auch den Militärpakt „NATO“ als vollberechtigtes Mitglied aufgenommen zu werden. Das war erst mal die „Montanunion“, später die „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“, die aus Italien, Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande und Deutschland bestand. Hieraus entstand später die „Europäische Union“, die seit dem 1. Januar 2007 27 Mitglieder hat.

„Wiederbewaffnung“

Während direkt nach dem Krieg die Politiker aller Parteien gegen die erneute Aufstellung einer Armee eintraten, änderte sich die Meinung mit Beginn der Spannungen zwischen den USA und der Sowjetunion. Ein weiterer Grund war der Koreakrieg, der 1950 begann. 1955 wurde schließlich im Bundestag beschlossen, die Bundeswehr zu gründen und der NATO beizutreten. Dazu musste mit Zwei-Drittel-Mehrheit das Grundgesetz geändert werden.

? Prüfungsfragen

Warum wurde Deutschland innerhalb weniger Jahre vom Verlierer des Weltkrieges wieder zu einem der reichsten Länder der Welt?

Die „Bewältigung“ der Vergangenheit

Die Bundesrepublik Deutschland wurde im Schatten von Auschwitz gegründet. Dort stand das größte Vernichtungslager des nationalsozialistischen Regimes, hier wurden über eine Million Menschen in einer fabrikmäßigen Tötungsanstalt ermordet. In den übrigen Konzentrations- und Vernichtungslagern sowie Hinrichtungsplätzen starben mindestens weitere 5 Millionen Menschen.

Auschwitz

Im Frühjahr 1940 wurde rund 60 Kilometer westlich von Krakau im damals besetzten Polen mit dem Bau des Konzentrationslagers Auschwitz begonnen. Es handelte sich bei den bestehenden Gebäuden dort um eine ehemalige österreichische Kaserne. Das erste Lager umfasste 40 Quadratkilometer und war für 7.000 Häftlinge geplant, in den 28 Gebäuden wurden aber durchschnittlich 18.000 Gefangene untergebracht. 1941 wurde ein zweites Lager (Auschwitz-Birkenau) für 100.000 Häftlinge gebaut, dieses Lager war als Vernichtungslager konzipiert. Hier gab es als Duschräume getarnte Gaskammern und Verbrennungsöfen für die Leichen. Die Häftlinge trafen mit Zügen ein, auf der „Rampe“ wurden sie direkt nach der Ankunft „selektiert“. Von rund 1,3 Millionen hier ankommenden Häftlingen wurden 900.000 sofort vergast, die anderen wurden als „arbeitsfähig“ eingestuft, viele starben später an Hunger, Erschöpfung oder wurden nach mehrmonatiger Zwangsarbeit vergast.

In Auschwitz-Birkenau gab es vier Krematorien, in denen täglich 4.756 Leichen verbrannt werden konnten. Zeitweise wurden aber mehr Menschen ermordet, die dann in offenen Gruben neben den Verbrennungsöfen verbrannt wurden.

Die meisten Ermordeten waren Juden. Ermordet wurden aber auch viele tausend Häftlinge aus Polen, deutsche Oppositionelle, „Berufsverbrecher“, Kriegsgefangene und Angehörige von Minderheiten (Sinti und Roma) sowie Behinderte.

Zu Auschwitz gehörten 39 Außenlager, außerdem wurden direkt neben den Lagern Industriebetriebe gebaut, in denen Häftlinge arbeiten mussten. Die bekanntesten Betriebe sind die IG Farben (die nach dem Krieg in die Firmen Agfa, Bayer, BASF und Hoechst [seit 1999: Aventis] aufgeteilt wurden) sowie



die Buna-Werke, in denen künstliches Gummi hergestellt wurde.

Seit November 1944 wurde das Konzentrationslager von der SS systematisch zerstört, Gaskammern und Krematorien gesprengt und ungefähr 56.000 überlebende Gefangene nach Deutschland evakuiert. Auf diesen „Todesmärschen“ starben vermutlich 15.000 Gefangene. Die Rote Armee befreite das Konzentrationslager am 27. Januar 1945 und fand dort noch 7.500 überlebende Häftlinge vor, von denen aber etliche in den folgenden Wochen starben.

Der bekannteste Lagerkommandant war Rudolf Höß, dem das Lager vom Mai 1940 bis November 1943 unterstand. Höß wurde 1946 in Deutschland verhaftet, sagte als Zeuge vor dem Nürnberger Kriegsverbrecherprozess aus und wurde anschließend an Polen ausgeliefert. 1947 wurde er in Polen zum Tode verurteilt und auf dem Gelände des Konzentrationslagers Auschwitz erhängt.

Rund 8.000 Menschen gehörten zum Wach- und Verwaltungspersonal des Konzentrationslagers. Nur rund 800

von ihnen kamen später vor Gericht. In Deutschland fand der erste Prozess erst am 20. Dezember 1963 statt, also erst 20 Jahre nach dem Verbrechen. Vor Gericht standen 22 Mitglieder des Wachpersonals. Insgesamt wurden nur 40 Verantwortliche in Deutschland vor Gericht gestellt.

Seit 1996 ist der 27. Januar in Deutschland offizieller „Gedenktag“ für die Opfer des Nationalsozialismus.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges gibt es Versuche von rechtsextremen Gruppen und Autoren, den Massenmord in Auschwitz und anderen Vernichtungslagern zu leugnen. Diese „Auschwitzlüge“ reicht von der Relativierung der Zahl der Ermordeten („nur“ mehrere Hunderttausend statt sechs Millionen) bis hin zu Behauptungen, es habe sich um reine Arbeitslager gehandelt, Gas sei nur zur Desinfektion gegen Ungeziefer eingesetzt worden und anderes. Seit 1985 ist das Leugnen der Massenmorde in Auschwitz und anderen Orten in der Bundesrepublik strafbar.

► Unterricht

Bedenken Sie bitte, dass in den verschiedenen Herkunftsländern sehr unterschiedlich über den Massenmord an Juden im „3. Reich“ unterrichtet und informiert wird. Je nach Zusammensetzung Ihres Kurses sollten Sie zunächst ermitteln, wer was „gelernt“ hat oder weiß.

Vollbeschäftigung und Anwerbung von Gastarbeitern

Als die Bundesrepublik Deutschland gegründet wurde, gab es in den drei westlichen Zonen Deutschlands ungefähr 2 Millionen Arbeitslose. Bis Anfang der 50er Jahre sank diese Zahl auf unter 1 Million. Zu diesem Zeitpunkt begannen Planungen der Regierung unter Bundeskanzler Adenauer, ausländische Arbeitskräfte nach Deutschland zu holen.

In der folgenden Zeit wurden mit mehreren Ländern Südeuropas sogenannte „Anwerbeabkommen“ geschlossen:

- 1955 Italien
- 1960 Spanien

- 1960 Griechenland
- 1961 Türkei
- 1963 Marokko
- 1964 Portugal
- 1965 Tunesien
- 1968 Jugoslawien

Der Mangel an Arbeitskräften hatte mehrere Ursachen: Die Wirtschaft wuchs, damit wurden mehr Arbeitskräfte gebraucht. Direkt nach dem Krieg bekamen die Menschen wegen der unsicheren Zukunft weniger Kinder, und ab 1960 gab es damit weniger Berufsanfänger. Die Gewerkschaften hatten erreicht, dass von 1948 bis 1958 die Arbeitszeit von 48 auf 44 Wochenstunden sank, bis 1975 sank sie auf 40 Stunden. Die Ausbildungszeiten wurden länger, das Rentenalter wurde gesenkt.

1955 wurde die Bundeswehr gegründet, die in der Folge Hunderttausende junge Männer aus dem Arbeitsmarkt abzog. Die Zahl der Flüchtlinge aus der DDR wurde durch den Ausbau der Sperranlagen an der Grenze immer geringer und kam 1961 mit dem Bau der „Mauer“ zum Erliegen.

Die angeworbenen Arbeitskräfte wurden anfangs „Fremdarbeiter“ genannt, ein Begriff, der in der Nazi-Zeit für die Zwangsarbeiter aus Osteuropa gebraucht wurde. Bald setzte sich aber der neue Begriff „Gastarbeiter“ durch. Das Wort symbolisierte das Konzept. Die Arbeitskräfte sollten alleine herkommen und, wie Gäste eben, nach einigen Jahren der Arbeit wieder nach Hause zurückkehren. An einen dauerhaften Verbleib in Deutschland war nicht gedacht.

VertragsarbeitnehmerInnen in der DDR

Die DDR verzeichnete ebenfalls einen Wirtschaftsaufschwung, der allerdings durch die Abwanderung von Facharbeitern und Akademikern in die Bundesrepublik Deutschland gebremst wurde. Dies war ein Grund für den Mauerbau 1961. Doch diese Maßnahme reichte nicht, den Bedarf an Arbeitskräften auf Dauer sicher zu stellen. So wurden Regierungsabkommen mit anderen Mitgliedern des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (COMECON) abgeschlossen:

- Polen (1965/66; Neuregelung 1988)
- Ungarn (1967; Neuregelung 1973)
- Algerien (1974)
- Cuba (1978)
- Mosambik (1979)
- Vietnam (1980)
- Angola (1984)
- China (1986)

Die Regierungsabkommen stellten die solidarische Hilfe in den Vordergrund, so sollten ungelernete Arbeitskräfte aus den Anwerbeländern in der DDR qualifiziert werden und als Facharbeiter nach Hause zurückkehren. Außer dem Deutschunterricht war für alle Arbeitskräfte eine Fachausbildung vorgesehen:

1. Einsatzjahr: Deutschunterricht, Einführungslehrgang von ca. 4 Wochen, Vermittlung beruflicher Grundkenntnisse
2. Einsatzjahr: Vermittlung fachbezogener Deutschkenntnisse, Qualifizierung auf Teilgebieten der Ausbildungsberufe, Erwerb von Befähigungsnachweisen
3. und 4. Einsatzjahr: Facharbeiterqualifikation, Erwerb von Befähigungsnachweisen, Vermittlung fachbezogener Deutschkenntnisse.

Mehr und mehr stand aber für die DDR der schlichte Mangel an Arbeitskräften im Vordergrund.

Formell bekamen die Vertragsarbeiter den gleichen Lohn wie die einheimischen Arbeitskräfte. Dieser wurde aber zum Teil an die Regierungen der Herkunftsländer ausgezahlt. Die Arbeitskräfte selbst hatten größere Probleme als die Gastarbeiter im Westen, einen Teil ihres Lohnes zu sparen und nach Hause zu schicken, da die Währung der DDR nicht konvertibel war. So kauften viele von ihnen Mofas, Nähmaschinen und anderes und schickten diese Konsumgüter zu ihren Familien. Die Regierung der DDR musste dies später beschränken, weil es Versorgungsengpässe gab.

Die Vertragsarbeiter waren durchgehend in Wohnheimen untergebracht. Insofern gab es einerseits (im Gegensatz zur Situation im Westen) Deutschkurse, also eine formelle Integration, andererseits aber kaum Kontakte zur einheimischen Bevölkerung.

Mit der „Wende“ 1989 setzten zwei gegenläufige Entwicklungen ein: Durch Beschluss des „Runden Tisches“ wurden Ausländerbeauftragte, ein kommunales Ausländerwahlrecht und die Möglichkeit der doppelten Staatsangehörigkeit eingeführt. Die Wirtschaftskrise und die neue Reisefreiheit führten aber dazu, dass viele Vertragsarbeiter nach Hause zurückkehrten oder nach Westdeutschland fuhren, dort mussten sie allerdings zur Erlangung einer Aufenthaltserlaubnis einen Asylantrag stellen. Von rund 100.000 Vertragsarbeitern Ende 1989 waren ein Jahr später noch 30.000 da, von ihnen kamen rund zwei Drittel aus Vietnam.

Nach der Vereinigung mit der Bundesrepublik Deutschland wurde das Wahlrecht und die Möglichkeit der doppelten Staatsangehörigkeit wieder abgeschafft. Die Bundesregierung bemühte sich darum, die Rückkehr durch Prämien zu fördern. 1993 wurde ein Bleiberecht für diejenigen beschlossen, die noch Arbeit hatten.

Dieses Konzept wurde auch von den angeworbenen Arbeitskräften so akzeptiert. Sie wohnten in einfachen Massenunterkünften, hatten nur eine auf ein bis drei Jahre befristete Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis, lernten kein Deutsch und planten in der Regel, nach einigen Jahren mit möglichst viel ersparten Geld nach Hause zurückzukehren und dort eine Existenz und möglicherweise eine Familie zu gründen. Von 1960 bis 1972 stieg die Quote der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland von 1,5 auf 10,8 Prozent.

Die Anwerbung wurde zentral über das Arbeitsamt organisiert. Das sammelte die Suchanzeigen der Firmen oder überprüfte direkt zustande gekommene Arbeitsverträge. Es wurde genau überprüft, ob für freie Stellen arbeitslose Deutsche zur Verfügung stehen. Ausländische BewerberInnen mussten sich ärztlich untersuchen lassen, das führte dazu, dass die „Gastarbeiter“ zwar normale Sozialabgaben bezahlten, aber viel weniger krank wurden als deutsche ArbeitnehmerInnen. Das lag auch daran, dass die meisten unter 30 Jahren alt waren.

Gastarbeiter waren auch flexibler als deutsche Arbeitnehmer. Da sie selten eine Familie oder eine Wohnung hatten, konnten sie schnell in einen anderen Betrieb wechseln.

Für die Heimatländer hatte die Anwerbung ebenfalls Vorteile. Sie exportierten ihre Arbeitslosigkeit, profitierten von den Überweisungen der Gastarbeiter an ihre Familien zu Hause und bekamen nach einigen Jahren häufig besser ausgebildete Arbeitskräfte zurück. Denn von über 20 Millionen Arbeitskräfte, die im Laufe von rund 20 Jahren angeworben wurden, kehrten mehr als 15 Millionen nach Hause zurück.

1973 beschloss die Bundesregierung unter dem Eindruck des stark zurückgegangenen Wirtschaftswachstums den „Anwerbestopp“. Anlass war der Krieg im Nahen Osten und die befürchtete Versorgungskrise mit Erdöl. Die hier lebenden Gastarbeiter wurden aufgefordert, sich für einen Verbleib oder eine Rückkehr zu entscheiden – eine Rückkehr ohne die Möglichkeit, später wieder in Deutschland zu arbeiten. Besonders das veranlasste viele dazu, jetzt ihre Familien nachzuholen, weil sie befürchteten, das wäre später nicht mehr möglich. Insofern führte der Anwerbestopp nicht zu einer geringeren Zahl von AusländerInnen in der

► Unterricht

Sind im Kurs TeilnehmerInnen aus ehemaligen Anwerbestaaten? Dann können Sie dazu anregen, die persönlich überlieferte „Familiengeschichte“ erzählen zu lassen.

In vielen Herkunftsländern sind heute private Rücküberweisungen von migrierten Familienmitgliedern eine der wichtigsten Einnahmequellen des Staates, oft noch wichtiger als Exporterlöse oder Kredite. Deshalb haben einige KursteilnehmerInnen vielleicht eine ganz andere Perspektive, wenn es um „Gastarbeiter“ geht:

- Vielleicht sind sie selbst mit der Erwartung ihrer zurückgebliebenen Familienmitglieder nach Deutschland gekommen, in Zukunft durch Überweisungen einen höheren Lebensstil zu ermöglichen.
- Vielleicht haben sie zuvor teilweise von Auslandsüberweisungen migrierter Familienmitglieder gelebt.

Bundesrepublik Deutschland, sondern die Zahl verdoppelte sich in kurzer Zeit. Allerdings kamen jetzt nicht neue Arbeitskräfte, sondern hauptsächlich Frauen mit Kindern.

Deutschland hatte bis dahin keinerlei Strukturen für diese Einwanderung entwickelt. Es fehlten Möglichkeiten, deutsch zu lernen, auch waren Behörden, Kindergärten und Schulen überhaupt nicht auf Einwohner anderer Sprache und Kultur eingerichtet. Die daraufhin diskutierten „Integrationskurse“ wurden erst nach weiteren 30 Jahren, nämlich zum 1. Januar 2005, eingeführt.

? Prüfungsfragen

1968

Die Jahreszahl „1968“ ist ein Synonym für Rebellion und Aufbruch. Die junge Generation stellte viele Traditionen in Frage. In den 20 Jahren nach dem Krieg ging es den meisten Menschen in Deutschland um das Erreichen von materieller Sicherheit bei gleichzeitigem Schweigen über die Vergangenheit. In vielen Familien war es ein Tabu zu fragen, was die Eltern, insbesondere der Vater zwischen 1933 und 1945 getan hatte. In den Schulen endete der Geschichtsunterricht häufig mit dem Ersten Weltkrieg, die neuere Geschichte konnten und wollten die Lehrer nicht unterrichten, die unter Hitler als Soldaten oder in anderen Funktionen gedient hatten.

Während das Jahr 1945 häufig die „Stunde Null“ genannt wurde, blieben doch viele Institutionen unangetastet. In den Schulen blieb Frontalunterricht die Regel. Sex vor der Ehe war verpönt – wenn zum Beispiel eine Studentin bei den Eltern auszog und ein eigenes Zimmer in der Nähe der Universität bezog, stand im Mietvertrag häufig ein Verbot von „Herrenbesuch“ nach 22 Uhr, das auch vom Vermieter überwacht wurde. Beim Verstoß verlor sie den Mietvertrag, auch der Vermieter konnte bestraft werden.

1963 begann in Frankfurt der „Auschwitz-Prozess“: Zum ersten Mal seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland wurden die Verbrechen der Nazi-Regierung breit und detailliert veröffentlicht. Es wurde offenbar, dass Hunderttausende von Menschen festgenommen, in Vernichtungslager transportiert und ermordet worden waren. Zehntausende von Deutschen waren daran direkt oder indirekt beteiligt, als Nachbarn, Polizisten, als Bahnarbeiter oder Mitarbeiter der Post, als Verwaltungsangestellte oder Bauarbeiter – oder als Wehrmachtssoldaten oder Angehörige der SS. Viele junge Menschen kannten Fotos ihrer Väter in Uniform, erst jetzt fielen ihnen die „SS“-Runen am Kragen auf. Viele wussten, dass die Väter während des Krieges in Russland gewesen waren, jetzt fragten sie: „Was hast du dort gemacht?“ Dazu gab es – hauptsächlich außerhalb der Politik – erschreckend viele Karrieren, die nach einer kurzen Unterbrechung zum Kriegsende ungestört weitergingen, sei es in der Wissenschaft, bei Richtern oder Ärzten, bei Polizei und Geheimdienst, in der Verwaltung, bei Firmen und Banken.

Proteste hatte es schon früher gegeben. Während die Wiederbewaffnung, also die Gründung der Bundeswehr, 1955 noch weitgehend ruhig über die Bühne ging, gab es ab 1958 Proteste und Demonstrationen gegen den Plan, die Armee mit Atomwaffen auszurüsten. Aus der Bewegung „Kampf dem Atomtod“ entstanden die Ostermärsche für Frieden und Abrüstung, die teilweise noch heute stattfinden.

Für die Außenwirtschaftsbeziehungen und die Außenpolitik der Bundesregierung hatte sich bis dahin kaum jemand interessiert.

Axel-Springer-Verlag 1968

39 % der Tageszeitungen
82 % der überregionalen
Zeitungen
90 % der Sonntagszeitungen
48 % der Programmzeitschriften

Die Proteste, die 1966 begannen und jahrelang andauerten, gingen von Studentinnen und Studenten aus. „Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren“ lautete eine Parole, die die damals noch getragene traditionelle Tracht der Professoren aufgriff. Außer der Demokratisierung der Universität ging es um den Protest gegen den Vietnam-Krieg, aber auch der freundschaftlichen Beziehungen der Bundesregierung zu Diktatoren wie dem Schah von Persien.

Die Proteste waren aber keineswegs nur politisch. Es ging auch darum, die rigide Sexualmoral zu durchbrechen – vom Tragen eines Minirocks bis hin zur Forderung nach „freier Sexualität“. Die Jugend hörte Rock- und Beatmusik, auch Jungs trugen lange Haare, die ersten Wohngemeinschaften wurden gegründet. Während die Eltern vom Wirtschaftswunder schwärmten, kritisierten die Jugendlichen den „Konsumterror“.

Die Bewegung auf der Straße wuchs auch dadurch, dass 1966 CDU/CSU und SPD die „große Koalition“ bildeten, es gab nur noch eine kleine Opposition (50 Abgeordnete der FDP) im Bundestag. Kanzler wurde Kurt Georg Kiesinger, ehemaliges Mitglied der NSDAP, Bundespräsident war Hermann Lübke, ebenfalls früheres NSDAP-Mitglied. Die Presse wurde beherrscht von den Zeitungen des „Springer-Konzerns“.

2. Juni 1967

Der Schah von Persien besucht Berlin. In seinem Gefolge reisen eine Menge persischer Geheimpolizisten an, die in Zivilkleidung am Straßenrand jubeln. Das sind die „Jubelperser“. Studentinnen und Studenten organisieren Demonstrationen, Tausende von Polizisten prügeln sie zusammen. In Berlin wird bei der Auflösung der Demonstration der Student Benno Ohnesorg erschossen. Die Springer-Presse verteidigt den Polizeieinsatz, lobt den Schah, lobt die USA und den Vietnam-Krieg, diffamiert die Studentenbewegung. Diese ruft im September 1967 die Kampagne „Enteignet Springer!“ ins Leben.

Die Studentendemonstrationen werden angeführt von Rudi Dutschke. Dieser wurde 1940 in Brandenburg geboren. Nach dem Abitur bekam er den gewünschten Studienplatz in Leipzig nicht, weil er den Wehrdienst in der „Nationalen Volksarmee“ verweigert hatte. Er machte sein Abitur zum zweiten Mal in Westberlin und blieb nach dem Mauerbau 1961 dort, wo er an der Freien Universität studierte.

Am 11. April 1968 wurde er in Berlin auf offener Straße von Josef Bachmann niedergeschossen, der Fotos von Rudi Dutschke aus Zeitungen ausgeschnitten hatte. In der Folge kam es zu Demonstrationen in allen großen Städten in Deutschland, sie richteten sich gegen den Springer-Verlag. Die Demonstranten versuchten, die Auslieferung der BILD-Zeitung zu verhindern. Rudi Dutschke überlebte das Attentat zunächst, starb aber 1979 an den Folgen.

Seit 1965 diskutierte der Bundestag über den Entwurf von „Notstandsgesetzen“. Die CDU wollte die Erlaubnis, im Falle von „inneren Unruhen“ die Grundrechte außer Kraft zu setzen, die Bundeswehr sollte Aufständische bekämpfen dürfen, nur ein Teil des Parlaments, einige ausgewählte Abgeordnete, sollten im Amt bleiben. Mit der großen Koalition konnte diese Verfassungsänderung durchgesetzt werden, gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze im Sommer 1968 demonstrierten Zehntausende von Menschen. Dabei handelte es sich nicht nur um StudentInnen, auch sechs DGB-Gewerkschaften riefen zu den Protesten mit auf und organisierten Demonstrationen. Die Notstandsgesetze wurden trotzdem verabschiedet, aber bis heute nicht angewendet.

In den nächsten Jahren gingen die Protestierer verschiedene Wege:

„Spontis“ besetzten leerstehende Häuser, lieferten sich Straßenschlachten mit der Polizei und traten den „Marsch durch die Institutionen“ an. Einer ihrer Vorkämpfer, Joschka Fischer aus Frankfurt, war von 1998 bis 2005 Außenminister.

Teile der Bewegung griffen ökologische Themen auf. Sie begannen mit dem Anbau biologischer Lebensmittel, gründeten Bio-Läden, bekämpften den Ausbau der Atomenergie und gründeten schließlich die Partei „Die Grünen“, die später mit Teilen der Bürgerbewegung der DDR „Bündnis 90“ verschmolz.

Ungefähr 60.000 Mitglieder der „Außenparlamentarischen Opposition“ wurden Mitglieder in einer der Anfang der 70er Jahre entstehenden Kommunistischen Parteien, von denen es mehr als ein Dutzend gab (zusammenfassend „K-Gruppen“ genannt). Diese bekämpften sich mehr untereinander, weil sie verschiedenen Vorbildern in Moskau, Peking, Phnom Penh oder Tirana anhängen, sie folgten Lenin, Stalin, Mao Tse Tung, Enver Hoxha oder Che Guevara.

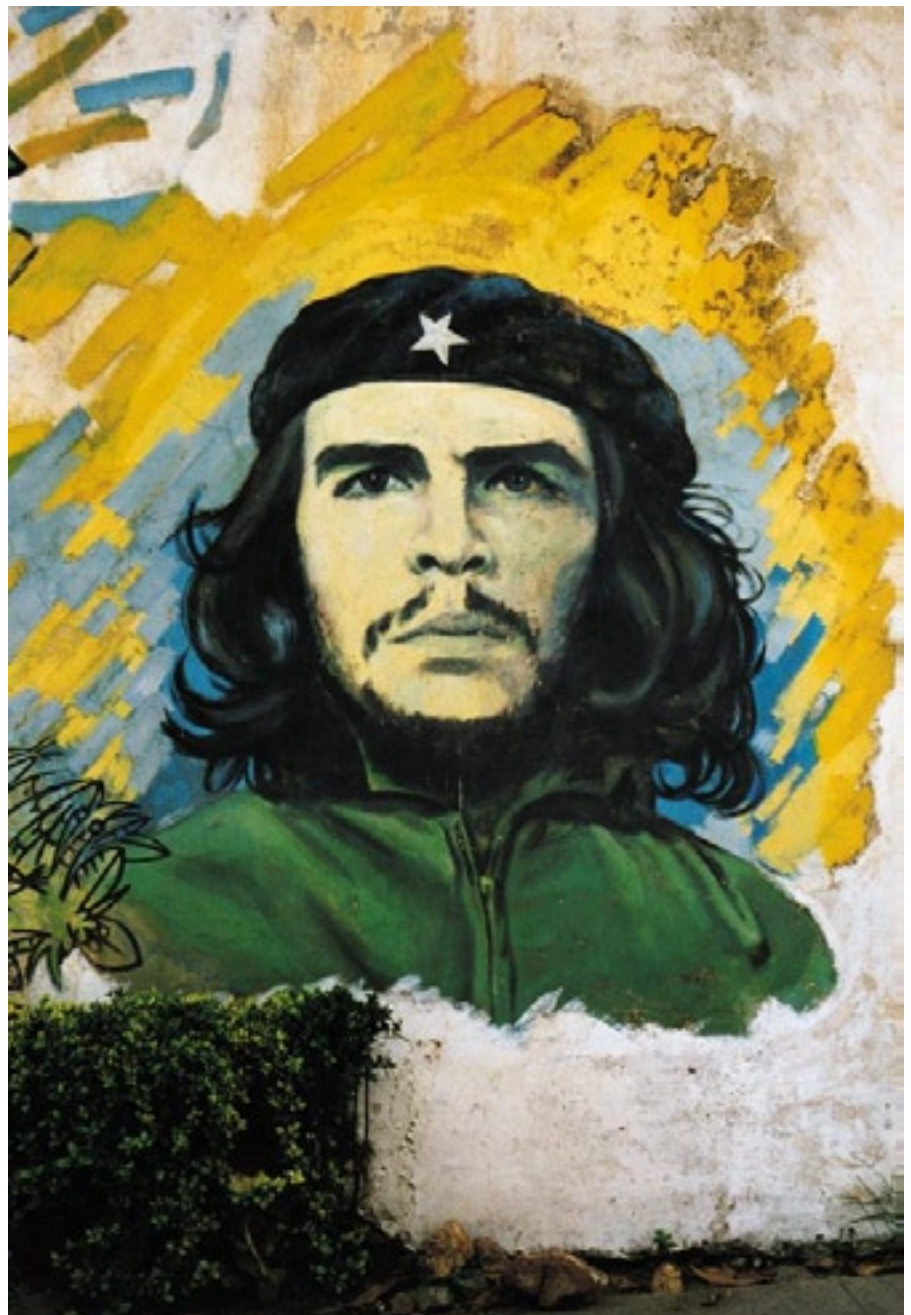
Einige wenige versuchten, die Ordnung der Bundesrepublik Deutschland ge-

► Übung

Die Proteste „1968“ waren international, beeinflussten aber nicht die gesamte Welt. Lassen Sie TeilnehmerInnen erzählen, ob die Proteste auch in ihrem Herkunftsland eine Rolle spielten.

waltsam zu stürzen. Sie gründeten die „Rote Armee Fraktion“ und verübten Attentate auf Politiker und Wirtschaftsleute. Dieser Krieg „6 gegen 60 Millionen“ wurde vom Staat mit einem ungeheuren Aufwand geführt, die Ausgaben für die Polizei wurden zwischen 1969 und 1974 verdoppelt, die für das Bundeskriminalamt sechsfacht.

Viele Einrichtungen, die heute selbstverständlich sind, sind Ende der 60er Jahre gegründet und erkämpft worden: Bioläden, Kindergärten, Frauenhäuser, Gesamtschulen... Und vieles, was bis dahin selbstverständlich war, wurde binnen kurzer Zeit abgeschafft: Die evange-



lischen und katholischen Grundschulen wurden staatlich, die Prügel in Schule und Ausbildung wurde verboten, seit 1974 dürfen auch unverheiratete Paare zusammen wohnen (bis dahin drohte Vermietern fünf Jahre Haft), auch unverheirateten Frauen darf die Pille verschrieben werden, die Abtreibung wurde ebenso legalisiert wie die Homosexualität...

Während die Demokratie 1948 nicht von der Bevölkerung erkämpft, sondern von den Alliierten verordnet wurde, handelte es sich 1968 um eine demokratische Bewegung von unten. Deshalb wird die Bewegung der 68er von einigen Historikern auch als die „2. Gründung der Bundesrepublik Deutschland“ bezeichnet.

? Prüfungsfragen

Warum werden die Proteste von 1968 auch als „zweite Gründung der Bundesrepublik Deutschland“ bezeichnet?

Kalter Krieg und Entspannungspolitik

Deutschland wurde nach dem verlorenen Weltkrieg in vier Besatzungszonen aufgeteilt: Die britische Zone umfasste Norddeutschland, die us-amerikanische Zone Süddeutschland und zusätzlich Bremen mit Bremerhafen, die französische Zone Westdeutschland und die sowjetische Zone Ostdeutschland. Aus den drei „westlichen“ Zonen wurde 1948 die Bundesrepublik Deutschland, aus der sogenannten Ostzone wurde die Deutsche Demokratische Republik.

Die Bundesrepublik Deutschland sah sich selbst als Nachfolgestaat des Deutschen Reiches. Sie übernahm damit auch Verpflichtungen wie Schulden und schloss Verträge mit dem Jüdischen Weltkongress und dem neu gegründeten Staat Israel über „Wiedergutmachungsleistungen“.

Die DDR sah sich selbst als neuen Staat „auf deutschem Boden“ ohne Vorgängerstaat und ohne entsprechende Verpflichtungen.

Die beiden deutschen Staaten wurden schnell in die sich bildenden Paktsysteme eingebunden: Westdeutschland bildete mit anderen westlichen Staaten Europas die Montanunion, später die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und trat dem Militärbündnis NATO bei. Die DDR schloss sich dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe COMECON und dem Militärbündnis des Warschauer Vertrages an. Die Grenze zwischen den beiden Staaten war so zugleich die Grenze zwischen den beiden Großmächten und ihren Militärbündnissen. Gleichzeitig mit Deutschland wurden auch Korea und Vietnam geteilt, hier schlugen die Spannungen schnell in richtige Kriege um, die als „Stellvertreterkriege“ bezeichnet wurden. In Deutschland bestand die Befürchtung, dass jeder Krieg durch die direkte Konfrontation der Großmächte mit ihren Atomwaffen zur Vernichtung des Landes geführt hätte. Die bestehenden Spannungen nannte man „kalter Krieg“.

Der „Kalte Krieg“ bestand aus einem Wettrüsten, aber auch einem Wettbewerb auf anderen Gebieten: Spionage, Weltraumfahrt, Bildung von Abstimmungsblöcken in der UNO, Parteinahme in Konflikten.

Mehrfach führten die Spannungen an den Rand eines „heißen Krieges“:

Die Einführung der D-Mark 1948 war ein Verstoß der Westmächte gegen den



Beschluss der Potsdamer Konferenz, dass Deutschland ein einheitlicher Wirtschaftsraum bleiben sollte. Die Sowjetunion reagierte darauf mit der Blockade Westberlins, das von Verkehr und Versorgung abgeschnitten wurde. Die Westmächte organisierten eine „Luftbrücke“ zur Versorgung der Stadt.

Westdeutschland warb gezielt Fachkräfte aus der DDR ab. In der Bundesrepublik Deutschland bekamen Ingenieure, Ärzte, Lehrer etc. sehr viel höhere Gehälter als in der DDR. Diese reagierte 1961 mit dem Bau der Mauer, die USA ließen Panzer an der Grenze auffahren, schickten Militärkonvois von Westdeutschland aus durch die DDR nach Westberlin.

Das Wettrüsten bezog sich nicht nur auf Interkontinentalraketen, die erst Anfang der 60er Jahre einsatzbereit waren. Die USA entwickelten aus der deutschen A4-Rakete die „Thor“- und die „Jupiter“-Mittelstreckenraketen. Sie trugen einen Atomsprenkopf und wurden ab 1958 in der Türkei stationiert, von wo aus sie mit einer Reichweite von 2300 Kilometern große Teile der Sowjetunion erreichen konnte. Die Sowjetunion entwickelte ebenfalls auf der Grundlage der A4-Raketen die „Scud“-Raketen, die Typen SS4 und SS5 wurden ab Mai 1962 auf Cuba stationiert. Von dort aus hätten sie mit ihren Reichweiten von 1800 bzw. 3600 Kilometern die meisten Großstädte der USA erreichen können. Die USA verhängten im Oktober 1962 eine Blockade über Cuba und stoppten sowjetische Frachtschiffe auf hoher See. Nach Vermittlung der UNO einigten sich die Großmächte: Im November 1962

wurden die sowjetischen Atomraketen aus Cuba abgezogen, bis 1964 die amerikanischen Atomraketen aus der Türkei. Die USA verpflichtete sich außerdem, Cuba nicht anzugreifen.

1969 kam in Deutschland erstmals eine SPD-geführte Regierung an die Macht. Gleichzeitig wurde erstmals ein SPD-Politiker, Gustav Heinemann, Bundespräsident. Die von Willy Brandt geführte SPD-FDP-Koalition begann mit der „Entspannungspolitik“ gegenüber dem Ostblock. Die Grenze zwischen Polen und Deutschland (DDR), die „Oder-Neiße-Linie“, wurde anerkannt, in den „Ostverträgen“ verzichtete die Bundesrepublik Deutschland auf alle Gebietsansprüche. Bis dahin hatte die deutsche Regierung immer offiziell Anspruch auf das Gebiet des deutschen Reiches „in den Grenzen von 1937“ erhoben. 1938 waren Teile der Tschechoslowakei und Österreich annektiert worden. Zum Gebiet des Deutschen Reiches 1937 gehörten aber Pommern und Schlesien, jetzt polnisch, und Ostpreußen, jetzt zwischen Polen und der Sowjetunion geteilt.

Zweiter Schritt waren umfangreiche Vereinbarungen mit der DDR. Diese wurde offiziell immer noch nicht als Staat anerkannt, aber es wurden diplomatische Beziehungen aufgenommen, wobei es keine „Botschaften“ gab, sondern „ständige Vertretungen“. Außerdem wurden Handelsabkommen geschlossen und Erleichterungen im Besuchsverkehr vereinbart.

Der „Kalte Krieg“ endete 1989/1990 mit dem Zusammenbruchs des Ostblocks, der unter anderem in der

Überforderung des Warschauer Paktes durch das Wettrüsten seine Ursache hatte. Die meisten Staaten des Ostblocks sind heute Mitglieder von NATO und Europäischer Union.

Helmut Kohl und Gerhard Schröder

Helmut Kohl

war von 1982 bis 1998 Bundeskanzler. Er führte eine konservativ-liberale Koalition.

Geboren 1930, wurde er bei Kriegsende noch als Kindersoldat eingezogen, nahm aber nicht mehr an Kämpfen teil. Sein älterer Bruder wurde als Soldat getötet. Helmut Kohl studierte Geschichte. Er engagierte sich früh in der CDU, wurde 1955 Mitglied im CDU-Landesvorstand von Rheinland-Pfalz, 1959 Landtagsabgeordneter in Mainz, 1966 Landesvorsitzender und 1969 Ministerpräsident. 1973 wurde er Bundesvorsitzender der CDU, verlor 1976 als Spitzenkandidat die Bundestagswahl gegen Helmut Schmidt. 1982 konnte er ihn aber als Bundeskanzler ablösen, weil die FDP die Koalition mit der SPD kündigte und sich mit der CDU verbündete.

Als Bundeskanzler setzte er den NATO-Beschluss zur Stationierung von Mittelstreckenraketen mit Atomsprengköpfen (Pershing II) in Deutschland durch, andererseits übernahm er die Entspannungspolitik der Regierung Brandt und schloss eine Vielzahl von Verträgen mit der DDR ab. Als die DDR ab 1989 die Stabilität verlor, ergriff er die Chance und setzte einen schnellen Beitritt der fünf östlichen Bundesländer zur Bundesrepublik Deutschland durch, ohne dabei die Kosten zu einem Entscheidungskriterium zu machen. Wichtiger war für ihn die historisch einmalige Chance.

In der Europapolitik trieb er die europäische Einigung voran und plädierte auf vielen Gebieten dafür, einen Teil der staatlichen Souveränität aufzugeben. Als seine wichtigste Entscheidung sah er später die Durchsetzung des Euro als gemeinsame Währung und die Aufgabe der D-Mark.

Seine Wirtschaftspolitik zielte darauf, die Steuern für Unternehmen und insgesamt die „Staatsquote“ zu senken. Diese Politik sollte die Wirtschaft beleben und für mehr Arbeitsplätze sorgen. Die Unternehmen reagierten aber mit Investitionen in Rationalisierungsmaßnahmen. Die Erhöhung der Sozialabgaben, gerade in Zuge der „Wiedervereinigung“ ab 1990, veranlasste viele Unternehmen zur Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland. In der Regierungszeit von Helmut Kohl stieg

die Staatsverschuldung von rund 300 Mrd. Euro 1982 auf über 1100 Mrd. Euro 1998. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen stieg von 1,6 Millionen (1982) auf 4,8 Millionen (1998).

Belastet wird die Erinnerung an die „Ära Kohl“ durch Spendenaffären: So führte die Regierung Kohl das Privatfernsehen ein. Später wurde bekannt, dass der größte Medieneigentümer Leo Kirch dem ehemaligen Bundeskanzler „privat“ 1,8 Millionen Euro im Rahmen eines Beratervertrages bezahlt hatte. Außerdem organisierte der Bundeskanzler 1993 bis 1998 rund 2,1 Millionen DM Spenden, veröffentlichte die Namen der SpenderInnen aber nicht, obwohl er nach dem Gesetz dazu verpflichtet war. Daraufhin muss die Partei auf 6,3 Millionen DM staatliche Wahlkampfkostenerstattung verzichten, nach dem Parteiengesetz wird immer das Dreifache der nicht deklarierten Spenden als „Strafe“ fällig. Daraufhin sammelte Helmut Kohl im Frühjahr 2000 erneut Spenden und überwies 6,3 Millionen DM an die CDU.

Gerhard Schröder

war von 1998 bis 2005 Bundeskanzler. Er führte eine rot-grüne Koalition.

Er wurde im Frühling 1944 in Blomberg (Nordrhein-Westfalen) geboren. Sein Vater wurde als Soldat in Rumänien wenige Tage nach der Geburt getötet, Gerhard Schröder wuchs mit vier Schwestern bei der Mutter auf. Nach dem Hauptschulabschluss wurde er Verkäufer, später holte er Realschulabschluss und Abitur in der Abendschule nach und studierte Jura. 1978 wurde er Rechtsanwalt in Hannover (bis 1990).

Gerhard Schröder heiratete 1968 Eva Schubach, nach der Scheidung 1972 Anne Taschenmacher, nach der Scheidung 1984 Hiltrud Hampel (die die Töchter Wiebke und Franka mit in die Ehe brachte), nach der Scheidung 1997 Doris Köpf. Sie brachte die Tochter Klara mit in die Ehe, zusammen adoptierten sie 2004 die dreijährige Viktoria und 2006 den einjährigen Gregor aus St. Petersburg.

Gerhard Schröder wurde 1963 SPD-Mitglied, 1978 Bundesvorsitzender der Jusos, 1986 Mitglied im Bundesvorstand. 1986 wurde er in den Landtag von Niedersachsen gewählt, 1990 wurde er Ministerpräsident mit einer SPD-Grünen-Koalition („rot-grün“). 1994 bis 1998 regierte die SPD mit absoluter Mehrheit alleine. Nach der ge-

wonnenen Bundestagswahl 1998 wurde Gerhard Schröder, der kurz zuvor auch die Landtagswahl in Niedersachsen gewonnen hatte, Bundeskanzler. In Berlin regierte er ebenfalls mit einer rot-grünen Koalition. 2002 gewann er die Bundestagswahl und wurde als Bundeskanzler wiedergewählt, 2005 verlor er die Wahlen.

Wichtigstes Versprechen von Bundeskanzler Schröder war die Senkung der Arbeitslosenzahlen, was ihm nicht gelungen ist. Nach einer leichten Senkung wuchs sie bis Ende 2004 wieder auf 4,8 Millionen, also die Zahl, die er zu Beginn seiner Amtszeit von Helmut Kohl übernommen hatte. Durch die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zum Arbeitslosengeld II stieg sie sogar auf rund 5,1 Millionen (Februar 2005). Die Staatsverschuldung stieg von 1100 Mrd. Euro (1998) auf 1400 Mrd. Euro (2005).

Von seiner Vorgängerregierung übernahm Gerhard Schröder die Wirtschaftspolitik. Die Unternehmenssteuern wurden weiter gesenkt, allerdings ohne positive Effekte für die Beschäftigung. Zur Entlastung der Lohnnebenkosten wurde die Ökosteuer eingeführt, mit der Energieverbrauch teurer (und menschliche Arbeitskraft billiger) wird. Außerdem wurde mit der Atomindustrie 2001 die Stilllegung aller Atomkraftwerke in den nächsten 20 Jahren (bis ca. 2021) vereinbart.

In der Außenpolitik setzte die Bundesrepublik Deutschland erstmals seit 1945 wieder die Bundeswehr ein. 1999 nahm die Bundesrepublik Deutschland am Krieg gegen Jugoslawien teil und besetzte das Kosovo. Am Krieg gegen Afghanistan 2001 nahm Deutschland nur mit einem kleinen Kontingent teil, später wurden im Rahmen der UNO-Beschlüsse Soldaten in Kabul und Kunduz stationiert.

Wichtige Reformvorhaben in Deutschland wurden von der Regierung Schröder nicht im Parlament, sondern in „Kommissionen“ diskutiert und vorbereitet. Die Weizsäcker-Kommission plante die Zukunft der Bundeswehr (von der Heimatverteidigung zur Interventionsarmee), die Süßmuth-Kommission plante das Zuwanderungsgesetz, die Rürup-Kommission plant die Zukunft der Sozialsysteme, die Hartz-Kommission plant die Reform des Arbeitsmarktes.

7. Das Menschenbild

Individualität

Die deutsche Gesellschaft ist – wie alle „westlichen“ Gesellschaften – eine individualistische Kultur. Das Individuum, der einzelne Mensch steht im Mittelpunkt. Die Abgrenzung und Eigenständigkeit ist Voraussetzung für „psychische Gesundheit“.

In Deutschland leben vergleichsweise viele Menschen als „Singles“ alleine oder wechseln ihre Beziehungen. Junge Erwachsene verlassen das Elternhaus und wohnen alleine, auch wenn es dafür keinen bestimmten Grund wie die Heirat oder Studium in einer anderen Stadt gibt. Die Enge der Beziehungen zu den eigenen Eltern oder Geschwistern wird selbst bestimmt – die gegenseitige Unterstützung ist nicht selbstverständlich.

Im Beruf wird Selbstständigkeit erwartet. Man bewirbt sich alleine und stellt sich vor, ohne Bekannte als Fürsprecher zu bemühen. Da von Arbeitskräften erwartet wird, dass sie ihre Aufgaben eigenständig erledigen, wird eine Fürsprache beim Versuch, eine bestimmte Arbeit zu bekommen, als Indiz für Unselbstständigkeit gesehen und negativ bewertet.

In der Schule werden Kinder früh zur Selbstständigkeit erzogen. Sie müssen Aufgaben selbstständig bewältigen, sich eigenständig für die Bildung von Gruppen zur Erledigung von Gruppenaufgaben entscheiden oder sich in selbst gebildeten Gruppen gegenseitig bei den Hausaufgaben unterstützen. Es gibt in höheren Klassen Fächer und Kurse zur Wahl.

An der Arbeitsstelle erwartet der Arbeitgeber eine selbständige Erledigung übertragener Aufgaben. Dafür werden häufig Termine gesetzt. Diese müssen eingehalten werden, bei Hindernissen müssen die ArbeitnehmerInnen rechtzeitig Bescheid sagen.

Wer Hilfe benötigt, muss dies klar und deutlich sagen!

Arbeit und Privatsphäre sind deutlich getrennt. Wenn Arbeitnehmer krank sind, schicken sie eine „Krankmeldung“ des Arztes an die Arbeitsstelle. Der Chef ruft normalerweise nicht an, um sich nach dem Befinden zu erkundigen – das gilt als Zeichen von Misstrauen und Kontrolle.

In Deutschland wird die eigene Meinung geschätzt. Es ist nicht ungewöhnlich, dass Mutter und Tochter oder zwei Brüder unterschiedlichen Parteien wählen oder bei aktuellen Diskussionen unterschiedliche Meinungen vertreten.

➤ Übung

In der TN-Broschüre finden Sie einführende Artikel zum Begriff „Kultur“. Klären Sie diesen Begriff, bevor Sie einzelne Themen angehen.

Haushaltsgröße in Deutschland				
von je 100 Privathaushalten in Deutschland waren Haushalte mit...				
	1900	1956	1976	1996
... einer Person	7	19	29	35
... zwei Personen	15	26	28	32
... drei Personen	17	23	18	15
... vier Personen	17	16	15	12
... mehr als vier Personen	44	15	10	5

? Prüfungsfragen

Gleichberechtigung

In Deutschland gilt, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind. Das gilt nicht nur für Mann und Frau, sondern auch für Chef und Angestellten, für Arme und Reiche.

Wer zu einer Behörde geht, zum Arzt oder vor Gericht (freiwillig oder unfreiwillig), braucht keine Bekanntschaften und keine Fürsprecher. Geschenke sind ungewöhnlich, häufig sogar verboten.

Kinder

Kinder werden entsprechend ihrem Alter als „kleine Erwachsene“ behandelt. Das bedeutet, dass sie nach Möglichkeit zu Hause ein eigenes Zimmer haben, das ab einem bestimmten Alter von den Eltern nur mit Zustimmung des Kindes betreten wird. Sie werden von ihren Eltern und Lehrern nach ihrer Meinung und nach ihren Wünschen gefragt, was aber durchaus nicht immer bedeutet, dass die Erziehungsberechtigten sich danach auch richten.

Männer und Frauen

Männer und Frauen sind gleichberechtigt. In Hinblick auf viele Positionen gibt es für Frauen noch einen großen Nachholbedarf, so entspricht die Zahl weiblicher Betriebsinhaberinnen, Professorinnen oder Ministerinnen bekanntlich keineswegs dem Anteil von Frauen in der Bevölkerung. Frauen sind unter den Arbeitslosen und in schlecht bezahlten Arbeitsstellen deutlich überrepräsentiert.

Allerdings müssen Frauen sich wie Männer um ihre Angelegenheiten selbst kümmern. Wer sich zur interessanteren Freizeitgestaltung einer Gruppe oder einem Verein anschließen will, muss selbst dort nachfragen, unter welchen Bedingungen das möglich ist. Auch von Frauen wird erwartet, dass sie alleine, ohne Vermittler, ihre Interessen deutlich äußern.

Alte Menschen

Auch alte Menschen gelten in Deutschland als Individuen und gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft. Ihnen wird weniger Achtung entgegengebracht als in vielen anderen Kulturen. Ihre Kinder und andere Familienangehörige entscheiden sich individuell, ob sie die alten Menschen ihrer Familie unterstützen oder ob diese sich bei Pflegebedürftigkeit in einem Altersheim anmelden müssen.

Anspruch und Wirklichkeit

Die Gleichberechtigung aller Menschen ist zunächst einmal ein hoher Anspruch. Natürlich wird ein prominenter Schauspieler in einem Geschäft häufig aufmerksamer bedient als ein unbekannter Kunde.

Es ist aber möglich und gilt als normal, dass ein einfacher Polizist auch den Innenminister, seinen obersten Chef, aufschreibt, wenn dieser falsch parkt – ohne dass der Polizist dafür Nachteile bei späteren Beförderungen befürchten muss.

► Unterricht

Verschiedene Konzeptionen des Orientierungskurses sehen vor, an dieser Stelle Themen wie „Zwangsehe“ und „Ehrenmorde“ anzusprechen. Materialien dazu folgen.

Allerdings halten wir es für zu schwierig, in der begrenzten Zeit des Kurses dieses Thema anzugehen, vor allem in gemischten Kursen.

? Prüfungsfragen

Gewaltfreie Kindererziehung

Seit November 2000 ist das Recht aller Kinder auf eine gewaltfreie Erziehung im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) verankert. Ähnliche Verbote gelten in Nachbarländern wie Schweden oder Österreich.

In Deutschland müssen ungefähr 80 Prozent aller Kinder mit Gewalt von Seiten ihrer Eltern rechnen, angefangen von einer Ohrfeige bis hin zu regelmäßiger Prügel. Dabei ist die Akzeptanz solcher Erziehungsmethoden, wenn sie die Schwelle zur dauernden Misshandlung nicht übersteigen, sehr hoch. „Ein Klaps hat noch niemandem geschadet“ ist eine gängige Redensart.

Gewaltanwendung in der Erziehung bedeutet immer eine Bankrotterklärung der Eltern. Diese sind offenbar mit der Erziehung überfordert, so dass sie zur Gewalt greifen müssen.

Viele Untersuchungen zeigen, dass Kinder, die Gewalt durch die Eltern oder andere Erziehungspersonen erlitten haben, selber öfter gewalttätig werden, sei es auf dem Schulhof oder später in einer kriminellen Laufbahn. Insofern wird von einem „Kreislauf der Gewalt“ gesprochen.

Verboten sind

1. Körperliche Bestrafungen

- Prügel, Ohrfeige, Klaps (auf das Gesicht, Arm, Hand, Finger, Rücken, Gesäß...)
- Treten
- Schütteln, Drücken
- Schupsen, Stoßen
- Ohr umdrehen, an den Haaren ziehen
- Anbinden oder Fesseln

Erlaubt ist das Festhalten, z.B. an der roten Ampel, um das Kind am Betreten der Straße zu hindern, das Festhalten, um Kinder, die sich prügeln, zu trennen. Erlaubt ist also diejenige Gewalt, die Schlimmeres verhindert – allerdings keinerlei Gewalt zur „Erziehung“.

2. Seelische Verletzungen

- herabsetzende, kränkende sowie demütigende Verhaltensweise (Bloßstellen vor Geschwistern, Verwandten, Nachbarn, Freunden, Schulklasse)
- Alleinlassen über längere Zeit
- Einsperren im Dunklen

- extreme Kälte im Umgang (längeres Nichtansprechen, Nichtbeachten)
- 3. andere entwürdigende Maßnahmen
- Erpressung, Bedrohung
- Duldung von Alkohol- oder Drogenkonsum
- leichtfertiges Verabreichen von Tabletten

Erlaubt ist z.B. die Kürzung von Taschengeld, ein zeitweiliges Verbot zum Spielen, zum Fernsehen oder ins Kino zu gehen, vorübergehender Hausarrest und ähnliches. Dies muss immer in einem richtigen Verhältnis zum Ziel der Erziehung stehen.

Hilfsmöglichkeiten

Überall in Deutschland gibt es Jugendämter und Erziehungs-Beratungsstellen. Diese helfen bei

Erziehungsproblemen. Das Jugendamt hat aber auch das Recht, sich einzuschalten, wenn die Eltern mit der Erziehung offensichtlich überfordert sind. Es hat das Recht, entsprechenden Hinweisen von Lehrern oder Nachbarn nachzugehen. Normalerweise wird es aber in derartigen Fällen zuerst die Eltern darauf ansprechen.

Bei dauerhafter Misshandlung von Kindern kann das Jugendamt dann weitergehende Maßnahmen einleiten, bis hin zum Entzug des Sorgerechtes und Unterbringung des Kindes in einer Pflegefamilie, einem Kinderheim oder einer Jugendhilfeeinrichtung. Außerdem wird ein Fehlverhalten eines Elternteils berücksichtigt, wenn im Falle einer Trennung oder Scheidung über das Sorgerecht entschieden wird.

§ 1631 BGB

Das „Bürgerliche Gesetzbuch“ wurde am 18. August 1896 verabschiedet. Damit sollten die Gesetze aller deutschen Länder und gebiete, die 1871 zum „Deutschen Reich“ zusammengeschlossen worden waren, vereinheitlicht werden.

§ 1631: „Väter dürfen kraft des Erziehungsrechtes angemessene Zuchtmittel gegen das Kind anwenden.“

1957 wurde im Rahmen des Gleichberechtigungsgesetzes dieser Paragraph aufgehoben. Seitdem war die Frage der Gewalt in der Erziehung nicht geregelt, diese war weder erlaubt noch verboten.

1980 wurde der § 1631 neu gefasst. Danach waren „entwürdigende Erziehungsmaßnahmen“ verboten. Überwiegende Meinung unter JuristInnen war, dass körperliche Strafen, die nicht entwürdigend sind, damit erlaubt waren.

§ 1631 seit dem 1.7.1998: „Entwürdigende Erziehungsmaßnahmen, insbesondere körperliche und seelische Misshandlungen, sind unzulässig.“

§ 1631 seit dem 8. November 2000: „Kinder haben ein Recht auf gewaltfreie Erziehung. Körperliche Bestrafungen, seelische Verletzungen und andere entwürdigende Maßnahmen sind unzulässig.“

Allerdings bleibt das Recht schwer einklagbar, da Kinder vor Gericht durch ihre Eltern vertreten werden. Auch ist die körperliche Bestrafung von Kindern nicht mit einer Strafe bedroht, allerdings sind schwere Misshandlungen als „Körperverletzung“ strafbar.

? Prüfungsfragen

Der Streit um die Abtreibung

Die Abtreibung war in Deutschland lange umstritten. In der Zeit der faschistischen Diktatur (1933 bis 1945) war die Abtreibung mit der Todesstrafe bedroht.

In Deutschland ist die Abtreibung im § 218 des Strafgesetzbuches geregelt. Nach dem heutigen Recht ist die Abtreibung verboten, sie wird aber unter bestimmten Umständen nicht bestraft.

Die Abtreibung ist bis zum dritten Monat straffrei, wenn zuvor eine Beratungsstelle (Schwangerschaftskonfliktberatung) aufgesucht wurde. Diese muss die Beratung bestätigen und stellt den „Beratungsschein“ aus. Hier gibt es auch Hinweise auf Hilfsmöglichkeiten, seien es finanzielle oder persönliche Hilfen für eine Mutter.

Bis zur 12. Woche ist ein Schwangerschaftsabbruch straffrei, wenn eine „kriminologische Indikation“ vorliegt, die Schwangerschaft also z.B. durch eine Vergewaltigung zustande kam. Bis zur Geburt ist ein Schwangerschaftsabbruch bei einer „medizinischen Indikation“ straffrei, wenn also Gefahr für das Leben der Mutter besteht oder Gefahr für eine schwerwiegende körperliche Beeinträchtigung der Mutter.



Geschichte des Abtreibungsverbots

1871: § 218 Strafgesetzbuch wird geschaffen. Damit wird die Abtreibung verboten, die Mutter wird mit bis zu 5 Jahren Zuchthaus bestraft.

1926: Die Abtreibung ist kein Verbrechen, sondern nur noch ein „Vergehen“.

1935: Die Abtreibung wird für gesunde Kinder verboten, allerdings für „erbkrankte“ Kinder erlaubt. Es handelt sich vor allem um ein Recht des Staates, bestimmte Schwangerschaften zu verhindern und bestimmte Mütter zu sterilisieren.

1943: Todesstrafe bei Abtreibung, wenn dadurch die „Lebenskraft des deutschen Volkes“ beeinträchtigt wird. Abtreibung straffrei, wenn sie die Fortpflanzung „minderwertiger Volksgruppen“ verhindert.

1945-1948: Die Nazi-Gesetze werden aufgehoben, die Abtreibung bleibt verboten.

1950 bis 1972: In der DDR wird die Abtreibung straffrei bei medizinischer oder eugenetischer Indikation, wenn also die Gesundheit der Mutter gefährdet ist oder das Kind behindert ist.

1953: In der Bundesrepublik Deutschland wird die Todesstrafe für Mütter, die abtreiben, abgeschafft.

1972: In der DDR tritt die Fristenlösung in Kraft: In den ersten drei Monaten entscheidet die Mutter über Fortsetzung oder Abbruch einer Schwangerschaft.

1974: Fristenlösung in der Bundesrepublik Deutschland beschlossen, in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft bleibt ein Abbruch straffrei. Das Verfassungsgericht erklärt das Gesetz 1975 für ungültig. Danach ist das „sich im Mutterleib entwickelnde Leben“ ein „selbständiges Rechtsgut“. Es hat „auch Vorrang vor dem Selbstbestimmungsrecht der Frau“.

1976 wird der § 218 neu gefasst. Danach bleibt der Schwangerschaftsabbruch strafbar, allerdings wird die Mutter nicht bestraft, wenn eine medizinische, kriminologische, eugenetische oder Notlagenindikation vorliegt.

1990: Im vereinigten Deutschland gilt im Westen die Indikationslösung, im Osten die Fristenlösung.

seit 1992: einheitliche Fristenlösung mit Beratungspflicht. Die Abtreibung bleibt verboten, ist aber nach erfolgter Schwangerschaftskonfliktberatung bis zur 12. Woche straffrei, danach nur bei medizinischer Indikation.

Wird eine Abtreibung nach einer Beratung zwischen der 12. und 22. Woche vorgenommen, bleibt die Mutter straffrei, allerdings kann der Arzt bestraft werden.

Religionen

Die meisten Religionen (Christentum, Judentum, Islam) lehnen die Abtreibung ab. Einige wie der Islam erlauben sie aber, wenn die Schwangerschaft Ergebnis einer Vergewaltigung ist oder Lebensgefahr für die Mutter besteht.

Die Grenze zwischen erlaubter und verbotener Abtreibung ist in vielen Kulturen der Zeitpunkt, ab dem Bewegungen des Kindes spürbar sind (ab dem 5. Monat). Weltweit sind ungefähr 30 Prozent aller Schwangerschaften ungewollt, ungefähr ein Viertel aller Schwangerschaften werden abgebrochen. Man geht von ungefähr 50 Millionen Abtreibungen pro Jahr aus, von denen die Hälfte illegal und ohne die Hilfe medizinisch ausgebildeten Personals stattfindet.

Die Patientenverfügung: In Würde sterben?

Es gehört zum Verständnis der Individualität in der Gesellschaft, dass viele Menschen selbst darüber entscheiden wollen, wie sie im Falle eines lebensgefährlichen Unfalls oder im Alter sterben wollen. Die heutigen Möglichkeiten der Medizin lassen es zu, ein Leben über einen langen Zeitraum künstlich zu verlängern. Für diesen Fall haben alle Menschen in Deutschland die Möglichkeit, mit einer sogenannten „Patientenverfügung“ Anweisungen zu geben, bestimmte ärztliche Maßnahmen nicht anzuwenden, um in Würde sterben zu können.

In einer „Patientenverfügung“ kann man verbindlich festlegen, welche ärztlichen Maßnahmen man erlauben will, wenn man nicht mehr ansprechbar ist, also selbst mit dem Arzt nicht mehr kommunizieren kann. Dabei ist es möglich, lebensverlängernde Maßnahmen abzulehnen, wenn eine Genesung nicht mehr möglich ist. Es ist nicht möglich, beim Arzt einen „schnelleren Tod“ zu bestellen.

Aktive und passive Sterbehilfe

Unterschieden wird zwischen aktiver und passiver Sterbehilfe. Die passive Sterbehilfe kann darin bestehen, auf eine künstliche Beatmung oder eine Dialyse (Blutreinigung) zu verzichten. Die aktive Sterbehilfe kann aus der Überdosis eines Schmerzmittels bestehen, sie ist verboten.

Während der Nazi-Diktatur sind in Deutschland Hunderttausende von kranken, behinderten und „unerwünschten“ Menschen getötet worden. Deshalb gibt es in Deutschland eine besondere Empfindlichkeit bei allen Diskussionen über „Sterbehilfe“.

Individuelle Selbstbestimmung

In Deutschland gilt generell, dass jeder Mensch selbst über die Art und Intensität einer ärztlichen Behandlung bestimmt, nicht die Angehörigen. Ausnahme sind natürlich Kinder, hier entscheiden die Eltern.

Ansonsten müssen Ärzte ihren Patienten, sofern diese ansprechbar und zu einer Entscheidung fähig sind, geplante Maßnahmen erläutern. Das gilt für die Art der Maßnahme, aber auch ihren Charakter: Handelt es sich um eine allgemein übliche Routinemethode? Oder um einen Versuch? Ärzte brauchen die Einwilligung ihrer Patienten

für jede Behandlung, insbesondere für Operationen, die ansonsten als „Körperverletzung“ bestraft werden könnten.

Eine Ausnahme bildet die Notfallmedizin, weil hier Patienten häufig nicht ansprechbar sind.

Mit der „Patientenverfügung“ wird für diesen Fall, der nach Unfällen oder im Alter auftritt, vorgesorgt.

Vorurteile und Rassismus

„Rassismus“ bezeichnet das Vorurteil, dass es verschiedene „Rassen“ unter den Menschen gibt und dass es von Natur aus „überlegene“ und „unterlegene“ Rassen gibt. In Deutschland besteht die besondere Situation, dass während der Nazi-Diktatur die „Rassenkunde“ mit diesem skizzierten Inhalt offizielle Lehre in der Schule war.

Unter WissenschaftlerInnen ist heute unumstritten, dass alle Menschen der gleichen Rasse angehören. Es gibt weltweit nur den „Homo Sapiens“, andere Rassen wie die Neandertaler sind ausgestorben.

Dennoch halten sich hartnäckig Vorurteile, die sich allerdings nicht immer auf die „Rasse“, sondern häufig auch auf die Sprache, das Geschlecht oder die Religion beziehen. Dabei zeigen Untersuchungen und Umfragen in Deutschland, dass Rassismus oder Ausländerfeindlichkeit bei den Menschen am weitesten verbreitet ist, die die geringste Schulbildung haben und die am wenigsten direkt etwas mit AusländerInnen zu tun haben.

Können Deutsche schwarz sein?

Ein zusätzliches Problem für AusländerInnen ist, dass das Staatsbürgerschaftsrecht in Deutschland lange Zeit ein Abstammungsrecht war: Deutsch ist, wer deutsche Eltern hat. War nur ein Elternteil deutsch, sprach man von „Mischling“ oder, noch altertümlicher, vom „Halbblut“.

Das Staatsbürgerrecht ist zwar im Jahre 2000 modernisiert worden. Heute können AusländerInnen, die rechtmäßig und straffrei in Deutschland leben, nach fünf Jahren eingebürgert werden. Nach acht Jahren haben sie einen Anspruch darauf. Dennoch gehen viele Deutsche davon aus, dass Menschen, die anders aussehen (Hautfarbe, Kleidung...), keine Deutschen sein können.

Rassistische Gewalt

Für viel Aufsehen sorgten 1990 bis 1996 eine Reihe von schweren Verbrechen gegen AusländerInnen in Deutschland. Die Tatorte – Hoyerswerda, Rostock, Mölln, Lübeck und Solingen – wurden sehr bekannt.

Umfragen sind nur schwer vergleichbar, weil die Art der Fragestellung sehr verschiedene Ergebnisse hervorruft. Außerdem wird Rassismus von

Politikern und „Meinungsführer“ in den Massenmedien häufig verurteilt. Deshalb ist es schwer, bei Umfragen einzuschätzen, wie ehrlich die Antworten sind.

Umfrage zum Islam

Die Konrad-Adenauer-Stiftung veröffentlichte 2003 eine Umfrage unter der Überschrift „Wie stehen die Deutschen zum Islam?“ Danach hielten 91 Prozent aller Befragten die Aussage für richtig, dass alle Menschen vor Gott gleich seien. Die Hälfte glaubte aber nicht, dass der Islam die gleichen Werte vertrete wie das Christentum. Ungefähr die Hälfte zweifelte auch daran, dass der Islam tolerant sei.

- Islamischer Religionsunterricht: 53 % dafür, 20 % dagegen
- „Deutschland ist ein christliches Land. Muslimische Gebräuche haben hier nichts zu suchen.“: 19 % ja, 76 % nein
- „Moscheen in der Nachbarschaft stören“: 34 % ja, 63 % nein
- „Stören Sie muslimische Nachbarn?“: 4 % ja, 95 % nein, wenn es diese Nachbarn gibt. 8 % ja, 87 % nein, wenn es diese Nachbarn nicht gibt.
- „Gibt es in Ihrem Bekanntenkreis Ausländer?“: 71 % ja, 28 % nein

► Übung

Die in der TN-Broschüre vorgesehenen „Zuschreibungen“ von Eigenschaften für bestimmte Völker macht nach unseren Erfahrungen den TeilnehmerInnen viel Spaß. Wenn Sie Konflikte befürchten, machen Sie es von vornherein öffentlich an der Tafel, jeweils auf Zuruf, und nur mit Nationalitäten, die im Kurs vertreten sind.

Weisen Sie unbedingt darauf hin, dass es nur ein Spiel ist. Es entsteht unweigerlich eine „Rangfolge“ von Kulturen!

? Prüfungsfragen

Was versteht man unter „Vorurteilen“?

8. Zeitverständnis

Die Zeit als Ware: Zeit haben, Zeit verlieren, Zeit sparen

In Deutschland gibt es ein lineares Zeitverständnis: Die Zeit vergeht, man muss sein Leben planen, Versäumtes ist nicht aufzuholen.

Deutsche planen nicht nur die Arbeit, sondern auch die Freizeit. Meistens finden Besuche nicht spontan statt, sondern nach Absprache. Auch private Gespräche werden häufig mit einem Termin vereinbart, der von beiden Seiten einzuhalten ist.

Wer die Zeit anderer Menschen ohne Absprache in Anspruch nimmt, kann diese in Schwierigkeiten bringen. Vielleicht haben sie anderen bestimmte Termine zugesagt, und der nicht eingeplante „Termin“ bringt sie in Schwierigkeiten, weil sie den nächsten Termin nicht einhalten können.

In Deutschland gilt die Zeit bei den meisten Menschen als kostbares Gut, das man genau einteilen muss. Man

oft unflexibel. Sie können sich oft nicht spontan verabreden, also bei unerwartetem Sonnenschein einen Ausflug machen, weil der Besuch der Gaststätte schon seit langem für diesen Tag vereinbart ist.

Pünktlichkeit

Termine regeln nicht nur den Ablauf eines Plans, die Erfüllung von Aufgaben. Termine regeln auch die Beziehungen zwischen Personen.

Deutsche haben den Anspruch, Termine einzuhalten, pünktlich zu sein. Wer unpünktlich ist, ist nicht nur dafür verantwortlich, den Partner dieser Vereinbarung warten zu lassen. Er kann diesen auch in Schwierigkeiten bringen, weil der seinen nächsten Termin ebenfalls nicht einhalten kann und insofern selbst unpünktlich wird.

Da Zeit ein kostbares Gut ist, ist es verpönt, die Zeit anderer Leute zu „verschwenden“. Wer anderen „Zeit stiehlt“, wird fast so negativ gesehen wie jemand, der Geld oder Waren stiehlt.

► Übung

Wenn „Pünktlichkeit“ ein Problem Ihres Kurses ist, thematisieren Sie das an dieser Stelle.

die andere Seite fest mit der Einhaltung rechnet. Eine Nachfrage würde als Misstrauen ausgelegt.

D-Zug-Begleiter

In Fernzügen der Deutschen Bahn liegen meistens Faltblätter, die die Uhrzeiten für jeden Halt (mit den Möglichkeiten, in einen anderen Zug umzusteigen) anzeigen. Ein großer Teil der deutschen Reisenden greift nach diesen Faltblättern, sobald der Zug in einem Bahnhof hält. Sie kontrollieren damit, ob der Zug pünktlich oder unpünktlich ist – auch wenn sie überhaupt nicht umsteigen wollen und ihr Ziel noch so weit entfernt ist, dass es ihnen eigentlich egal sein müsste.

Dennoch stört es viele, wenn der Zug unpünktlich ist.

Das ist ein Verhalten, das sich speziell in Deutschland findet. Auch AusländerInnen auch Nachbarländern kennen diesen Umgang mit der Zeit nicht.

kann Zeit „sparen“ und Zeit „verschwenden“, Zeit „gewinnen“ und Zeit „verlieren“.

Das führt dazu, dass viele Vorhaben weit im Voraus geplant werden. Das betrifft meistens bestimmte Aufgaben an der Arbeitsstelle, wo zum Beispiel die Vorbereitung eines Messestandes schon Monate im Voraus mit allen Schritten der Vorbereitung festgelegt wird. Das kann aber auch private Ausflüge betreffen oder den Besuch von Freunden.

Einerseits läuft dadurch vieles sehr planvoll ab. Andererseits sind Deutsche auch

In Deutschland ist Pünktlichkeit für viele Menschen ein Indikator für andere Charaktereigenschaften. Wer pünktlich ist, gilt als höflich, zuverlässig und ehrlich. Wer unpünktlich ist, hat kein Interesse, ist unprofessionell und rücksichtslos.

Vereinbarungen sind einzuhalten. In anderen Kulturen ist es die Regel, bei Vereinbarungen später noch einmal nachzufragen, neue Vereinbarungen zu schließen, die Termine dem Arbeitsfortschritt anzupassen. Wenn in Deutschland ein Termin vereinbart wird, zeigt eine ausbleibende Nachfrage, dass

9. Regelerorientierung

Gibt's denn dafür kein Gesetz?

In Deutschland gibt es eine Fülle von Gesetzen, Regelungen, Verordnungen. Fremden erscheint es so, als wäre alles geregelt – und tatsächlich lassen sich viele Deutsche verunsichern, wenn sie eine Entscheidung treffen sollen, für die es „keine Regelung“ gibt.

Regeln können sehr sinnvoll sein. Sie geben den einzelnen Menschen Sicherheit, was sie dürfen und was nicht. Ein Beispiel sind Verkehrsschilder: Sie zeigen an, wie schnell man fahren darf und wo das Parken erlaubt oder verboten ist.

Regeln können aber auch sehr lästig sein. Wenn es zu viele Regelungen gibt, sind die einzelnen Menschen überfordert – sie können nicht alle einhalten, weil sie nicht alle kennen und nicht alle kennen können. Wenn in einer Straße auf einem Stück von 100 Metern mehr als 20 Verkehrsschilder stehen, kann man aus einem fahrenden Auto heraus nicht mehr alle wahrnehmen.

Deutsche verhalten sich manchmal schizophoren: Einerseits wird es kritisiert, wenn etwas nicht gut geregelt ist. Die Regierung wird dann aufgefordert, eine Regelung zu schaffen. Andererseits gibt es viele Beschwerden darüber, es gäbe zu viele Vorschriften. Dadurch wird z.B. die Gründung neuer Betriebe erschwert oder die Organisation eines Straßenfestes.

Zusätzlich zu staatlichen Regelungen schaffen viele Deutsche sich auch private Regelungen, indem sie schriftliche Verträge abschließen. In Deutschland gilt das Prinzip der „Vertragsfreiheit“. Jeder Bürger darf mit jedem anderen einen Vertrag abschließen, verboten sind nur „sittenwidrige“ Verträge. So ist es nicht erlaubt, mit einem Betrunknen einen Vertrag abzuschließen, dass dieser sein Auto für ein Glas Bier verkauft.

Verträge sind in Deutschland sehr beliebt. Nur Vereinbarungen, die schriftlich festgelegt werden, gelten als verbindlich. Dafür schließt die Bundesanstalt für Arbeit (in der Regel die örtliche „Arbeitsgemeinschaft“ mit jeder und jedem Arbeitslosen eine „Eingliederungsvereinbarung“ ab. Migrationsberatungsstellen sollen mit MigrantInnen, die beraten werden, eine „Integrationsvereinbarung“ abschließen. Wer ein gebrauchtes Auto kauft oder

verkauft, kann Probleme bekommen, wenn er hinterher keinen schriftlichen Kaufvertrag vorweisen kann.

Auch in Firmen gibt es häufig Vorschriften: Wann werden Pausen gemacht, wie lange dauert eine Pause, wer hat welche Kompetenzen, wer muss wen informieren. Damit die Regeln eingehalten werden, gibt es Formulare und Kontrollbögen.

„Zuständigkeit“ ist ein Schlüsselwort in Deutschland. Wer eine Dienstleistung in Anspruch nehmen will, muss die Verwaltungsangestellte finden, die dafür zuständig ist. „Ich bin nicht zuständig“ ist meistens keine Ausrede, sondern wird als Hilfe verstanden. Es gibt aber auch den Fall, dass niemand zuständig ist, wenn eine Sache unerwünscht ist. Fragen Sie mal bei einer Krankenkasse nach der „Zuständigen“ für Dolmetscher im Krankenhaus!

Viele Regelungen erleichtern den Alltag. Die Regelung, dass bei einem Unfall der Rettungswagen innerhalb von 10 Minuten, der Rettungshubschrauber in 30 Minuten am Unfallort ist, wird von vielen AusländerInnen sehr positiv gesehen. Auch die Gleichbehandlung in Behörden durch das Ziehen von Nummern unterscheidet sich positiv von den fehlenden Regelungen (und damit der Notwendigkeit, „Geschenke“ mitzubringen) in vielen Herkunftsländern.

Andererseits sind Deutsche relativ unflexibel, wenn die Regeln nicht funktionieren. Vielen fällt es schwer zu improvisieren.

Das zeigt sich besonders in Bereichen, in denen Regelungen fehlen. So gibt es vielerorts keine Regelungen zur Kinderbetreuung, und auch Träger von Integrationskursen haben keinerlei Erfahrung darin zu improvisieren. Viele Betriebe haben keine Pläne, um ausländische PraktikantInnen einzuarbeiten – diese werden dann lange zwischen Abteilungen hin- und hergeschoben, niemand weiß etwas mit ihnen anzufangen.

➤ Übung

Teebeutel-Spiel

In Deutschland gibt es feste Regeln für die Trennung von Müll. Teilen Sie den Kurs in zwei Gruppen, verteilen Sie Teebeutel und Müllbehälter (für Papier, Biomüll, Metall, Restmüll). Die eine Gruppe soll die Teebeutel „deutsch“ wegschmeißen, die andere wie gewohnt.

Denken Sie daran, dass es in vielen Häusern nicht nur Hausmeister, sondern auch Nachbarn gibt, die ausländische Mieter dabei beobachten, ob sie Müll vorschriftsmäßig trennen und diese Nachbarn auch über „richtige“ Mülltrennung belehren.

Denken Sie ebenfalls daran, dass vielen Deutschen auch klar ist, dass der getrennte Müll häufig zum Zweck der besseren Auslastung der Müllverbrennungsanlage wieder zusammengemischt wird.

Hat die Obrigkeit immer Recht?

Deutsche gelten weltweit als sehr Obrigkeitstreu. „Deutsch zu sein, heißt, eine Sache um ihrer selbst willen zu tun“, sagte der Komponist Richard Wagner im 19. Jahrhundert. Die Zeit des Nationalsozialismus scheint dieses Vorurteil zu bestätigen. Hitler hätte nicht einen Weltkrieg beginnen und Millionen von Juden und anderen Minderheitsangehörigen umbringen können, wenn nicht Millionen von Deutschen allen Befehlen gefolgt wäre.

Das ist heute nicht mehr so. Die meisten Deutschen fühlen sich zwar verpflichtet, Vereinbarungen einzuhalten, und erwarten das auch von allen anderen Menschen, mit denen sie zu tun haben. Das gilt aber nicht in gleicher Weise für die „Obrigkeit“, also die Regierung oder Verwaltung.

So kann es einerseits vorkommen, dass ganz normale Fußgänger Radfahrer ansprechen und zum Absteigen auffordern, wenn diese unerlaubt auf dem Bürgersteig fahren – auch wenn diese Fußgänger persönlich überhaupt nicht gestört werden. Andererseits halten sich viele Autofahrer nicht an Geschwindigkeitsbegrenzungen, und viele halten das Betrügen bei der Steuererklärung für legitim – im Gegensatz zum Ladendiebstahl.

► Übung

Thematisieren Sie das Bild der Regierung des Herkunftslandes („Gesetzes-treue“) und ermuntern Sie die TeilnehmerInnen, ihre Vorurteile über „Deutsche“ zu äußern.

10. Religiöse Vielfalt

Religionsfreiheit

In Deutschland herrscht Religionsfreiheit. Das ist zunächst ein individuelles Recht. Jede/r darf einer Religion angehören, wenn mit der Ausübung andere nicht geschädigt werden.

Die Religionsfreiheit steht als Grundrecht in der Verfassung. Ihre Ausübung ist also ein höherwertiges Rechtsgut und geht normalen Gesetzen vor. Deshalb ist es zum Beispiel möglich, dass Kirchenglocken läuten, auch wenn einige Menschen sich dadurch gestört fühlen. Eine solche Störung ist Discotheken nicht erlaubt.

Traditionell ist Deutschland christlich. Die Christen sind in der katholischen oder evangelischen Kirche organisiert, alle anderen Kirchen und Religionsgemeinschaften führten lange Zeit ein Schattendasein. Insofern sind auch viele Gesetze, die die Religionsausübung betreffen, nur auf die christlichen Kirchen abgestellt.

Die Kirchen sind fest organisiert, sie haben Mitglieder und Verantwortliche. Der Glauben wird von den Verantwortlichen der Kirche definiert und ist schriftlich niedergelegt. Im Zweifel gibt es Zuständige, die Auskunft geben oder offene Fragen klären können.

Die Reformation im 16. Jahrhundert nahm in Deutschland, wo Martin Luther wirkte, seinen Ausgang. Hier wurde die Bibel, die zuvor in der Kirche nur in lateinischer Sprache genutzt wurde – nur die Pfarrer konnten sie lesen und auslegen – ins Deutsche übersetzt. Nachdem sich die Reformation durchsetzte, galt lange die Regel, dass der Fürst über die Religion seiner Untertanen entscheidet. Wechselte der Fürst die Konfession, wechselte die gesamte Bevölkerung mit. Da die katholische Kirche umfangreichen Besitz hatte, die junge protestantische Kirche aber nicht, wechselten viele Fürsten zum protestantischen Glauben und übernahmen gleichzeitig den Kirchenbesitz. So war um 1620 Deutschland bereits zu über 80 Prozent evangelisch. Mit der „Gegenreformation“ begann dann auch bald der Dreißigjährige Krieg (1618 bis 1648). Deutschland wurde komplett verwüstet und stark entvölkert. Seitdem ist Deutschland zur Hälfte evangelisch, zur Hälfte katholisch – allerdings erinnert sich die Menschen noch lange an den

verheerenden Bürgerkrieg, der eineinhalb Generationen lang gedauert hatte.

Heute gilt Deutschland immer noch als christlich. Von 82 Millionen Einwohnern gehören rund 26 Millionen der evangelischen Kirchen und rund 26 Millionen der katholischen Kirche an. 1,5 Millionen gehören zu anderen Kirchen, die meisten sind orthodox. Allerdings handelt es sich bei vielen Kirchenmitgliedern nicht um aktive Gemeindemitglieder. Viele Kirchen werden nur an wenigen Tagen, meistens den großen Feiertagen, voll.

Die zweitgrößte Religion ist Deutschland ist der Islam. Er kennt keine „Kirche“ und keine Mitgliedschaft. Deshalb gibt es hier weniger klare Zahlen, wie viele Moslems in Deutschland leben. Die Zahl wird auf 3 Millionen geschätzt, von diesen sind 20 Prozent Deutsche. Aber auch hier besuchen nur rund 10 bis 15 Prozent regelmäßig die Moschee, viele andere nur an hohen Feiertagen.

➤ Übung

Je nach Zusammensetzung des Kurses kann dieses Thema Emotionen wecken – informieren Sie sich vor dem Unterricht über das Verhältnis zwischen religiösen Mehrheiten und Minderheiten in den verschiedenen Herkunftsländern, mit denen Sie es zu tun haben, oder fragen Sie die TeilnehmerInnen danach.

? Prüfungsfragen

Das Verhältnis von Kirche und Staat

In Deutschland sind Staat und Kirche getrennt. So steht es jedenfalls in der Verfassung. Das wird allerdings an vielen Stellen durchbrochen. So gibt es die „Kirchensteuer“, die anteilig an der Lohn- oder Einkommenssteuer ausgerechnet wird. Sie wird vom Finanzamt „im Auftrag der Kirche“ eingezogen, bei Arbeitnehmern wird sie direkt vom Lohn einbehalten. Das Finanzamt berechnet eine Bearbeitungsgebühr und überweist den Rest an die Kirchen.

Die Kirchen betreiben auch viele soziale Einrichtungen im Auftrag des Staates, der sie dafür bezahlt. So gibt es viele kirchliche Kindergärten und auch einige Schulen in kirchlicher Trägerschaft. Einzelne Länderverfassungen schreiben auch staatlichen Schulen vor, die Kinder auf der Grundlage der christlichen Werte zu unterrichten.

An einigen Stellen müssen Eide geleistet werden. So werden zum Beispiel Soldaten oder Staatsbeamte vereidigt. Gerichte vereidigen Dolmetscher und manchmal auch Zeugen. Hier war es früher üblich, mit der Formel „so wahr mit Gott helfe“ zu schließen oder eine Bibel in der Hand zu halten. Heute ist das freiwillig.

Die strikte Trennung von Kirche und Staat, wie sie z.B. in Frankreich Norm ist, kennt Deutschland nicht. Staat und Kirche sind vielfältig verflochten, wobei das nur für die evangelische und die katholische Kirche gilt. Dagegen gibt es auch keine „Staatskirche“ wie in Schweden oder England.

? Prüfungsfragen

Religionsunterricht an der Schule

Der Religionsunterricht wurde mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland als staatliches Unterrichtsfach definiert, das allerdings in der Verantwortung einer Kirche als „Bekenntnisunterricht“ erteilt werden sollte. Da die Schule aber Ländersache ist, wurden alle Länder von der Pflicht zu diesem Religionsunterricht befreit, die vorher eine andere Regelung getroffen hatten (die „Bremer Klausel“ im Grundgesetz). Den Religionsunterricht als konfessionellen Bekenntnisunterricht gibt es in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Baden-Württemberg, Bayern und Hessen. Es gibt ihn nicht in Bremen, Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen.

Bekenntnisunterricht bedeutet, dass der Unterricht von Religionslehrern erteilt wird, die von der evangelischen oder katholischen Kirche geschickt werden. Sie werden von Staat bezahlt, der aber nicht über den Inhalt des Unterrichts entscheidet, diesen auch nicht kontrolliert. Die Schülerinnen und Schüler können sich von Unterricht abmelden – ab dem 14. Lebensjahr („Religionsmündigkeit“) alleine, zuvor müssen die Eltern das tun. In diesem Fall wird ihnen in den Ländern, die Religionsunterricht kennen, ein anderer Unterricht erteilt. In Ländern ohne Bekenntnisunterricht kann es „Religionskunde“ oder „REL-Unterricht“ geben, der neutral über alle Religionen informiert und deshalb Pflicht für alle ist. Oder es gibt Bekenntnis-Unterricht, dieser findet aber nachmittags bzw. außerhalb der normalen Schulzeit statt und ist freiwillig.

Seit langem wird über islamischen Religionsunterricht diskutiert. Dabei zeigt sich, dass die Trennung von Kirche und Staat in Deutschland auf die christlichen Kirchen zugeschnitten ist: Der Islam kennt keine Kirche. Der Staat findet hier nicht so einfach einen Ansprechpartner, der einen islamischen Religionsunterricht übernehmen könnte. Wird dieser von normalen Lehrern erteilt, wäre es eine Sonderregelung gegenüber den Vereinbarungen mit evangelischer oder katholischer Kirche, die ja ihre Lehrkräfte selbst aussuchen und auch den Unterrichtsinhalt selbst bestimmen.

In Berlin gibt es Religionsunterricht durch die „Islamische Föderation Berlin e.V.“. Diese gehört zum „Islamrat“ und hat viele Verbindungen zu „Milli Görüs“. Der Religionsunterricht wird inhaltlich von der Schulbehörde nicht überwacht, findet aber nachmittags und freiwillig statt. Die Verantwortung für An- und Abmeldung liegt somit bei den Eltern, der Staat übernimmt nur die Finanzierung.

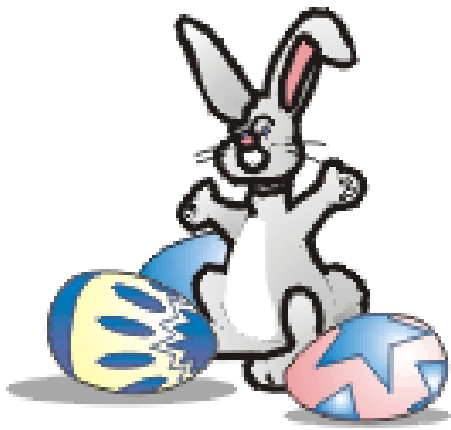
In Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz findet der Islamische Religionsunterricht im Rahmen des „muttersprachlichen Ergänzungsunterrichtes“ für türkische SchülerInnen statt, wird aber auf deutsch erteilt und vom Kultusministerium kontrolliert. Im Saarland, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein wird der Unterricht in türkischer Sprache erteilt und untersteht dem türkischen Konsulat, wobei Schleswig-Holstein seit 2007 einen deutschsprachigen Islamunterricht einführt.

Hier zeigt sich deutlich das Problem, dass die Trennung von Kirche und Staat und die Strukturen der Zusammenarbeit bei der Formulierung des Grundgesetzes ausschließlich auf die beiden christlichen Kirchen ausgerichtet war.

► Übung

Es ist möglich, dieses Thema mit den Themen „Kindererziehung“ und „Individualität“ zu verknüpfen, wenn Sie diese Themen durchgenommen haben.

Dürfen Kinder der KursteilnehmerInnen, sofern sie über 14 Jahre alt sind, selbst entscheiden, ob und an welchem Religionsunterricht sie teilnehmen? Dürfen z.B. auch Kinder moslemischer TeilnehmerInnen am christlichen Religionsunterricht teilnehmen, und sei es nur, weil dort die Freundinnen und Freunde sind?



Vorschlag für einen Orientierungskurs

Ein Problem des Orientierungskurses ist, dass in den vorgesehenen 45 Unterrichtsstunden auch der „Mindestinhalt“ nicht zu schaffen ist. Deshalb müssen Sie immer eine Auswahl treffen.

Hier ein Vorschlag für einen Intensivkurs (8 Tage, 2 x 3 Stunden täglich).

Montag vormittag

- Prinzipien des Grundgesetzes
- Bundesstaat
- Gewaltenteilung

Montag nachmittag

- Demokratie und Wahlen
- Mitwirkung
- Pressefreiheit

Dienstag vormittag

- Rechtsstaat
- Gerichte
- Rechtsweegegarantie

Dienstag nachmittag

- Sozialstaat
- Rentenversicherung
- Krankenversicherung
- Unfallversicherung
- Arbeitslosenversicherung
- Pflegeversicherung

Mittwoch vormittag

- Ehe und Familie
- Gleichberechtigung
- Kindererziehung

Mittwoch nachmittag

- Grundrechte
- Vorurteile und Rassismus
- Diskriminierung / Antidiskriminierungsgesetz*

Donnerstag vormittag

- Bürger und Staat
- Rechtsweegegarantie

Donnerstag nachmittag

- Religionsfreiheit
- Religionsunterricht

Freitag vormittag

- Deutschland nach dem 2. Weltkrieg
- Flucht und Vertreibung
- Wirtschaftswunder

Freitag nachmittag

- Vollbeschäftigung und ausländische Arbeitnehmer
- BRD und DDR
- Wiedervereinigung

Montag vormittag

- Westintegration der BRD
- Die Europäische Union
- EU-Erweiterung

Montag nachmittag

- Was ist Kultur?
- Individualität
- Zeit
- Regelorientierung

Dienstag vormittag

- Abtreibung
- Patientenverfügung

Dienstag nachmittag

- Pflichten der Einwohner
- Kirche und Staat
- Feste in Deutschland

Mittwoch: Prüfung

Wir schlagen vor, die Prüfung in Form eines Gruppengesprächs mit anschließender individueller Beurteilung vorzunehmen.

Eine Vorlage finden Sie auf unserer Internet-Seite.